

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonntagen und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 24 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 6,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 5,00 Mark, Reklamen 30,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf 926.

STAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübecker Volksbote

Nummer 159.

Dienstag, den 11. Juli 1922.

29. Jahrgang.

Gegen die Volkspartei!

SPD. Berlin, 10. Juli (Drahtbericht).

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Montag nachmittag eingehend mit der gegenwärtigen politischen Lage. Nach einem Referat des Genossen Hermann Müller und einer kürzeren Debatte wurde folgender Beschluß (gegen 6 Stimmen) angenommen.

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt, daß die zum Schutze der Republik zu beschließenden Gesetze nur von einer wahrhaft republikanischen Regierung durchgeführt werden können. Die Deutsche Volkspartei hat bis in die letzte Zeit in ihrer Bekämpfung einer Reihe wichtiger Regierungsvorlagen die notwendige Rücksicht auf das Interesse des Staates und die Bedürfnisse der breiten Volksmassen vermissen lassen. Sie hat noch nach der Ermordung Rathenaus die Vorlage der Getreideumlage abgelehnt. Unter diesen Umständen würde die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition bei den breitesten republikanischen Massen das Vertrauen in die Abtät der Regierung, die Gesetze zum Schutze der Republik energisch durchzuführen, aufs tiefste erschüttern. Für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion kommt daher die Mitarbeit an einer nach rechts erweiterten Regierung nicht in Frage.“

Genoss Hermann Müller wurde von der Fraktion beauftragt, diesen Beschluß dem Reichskanzler zu übergeben und ihn gleichzeitig näher zu begründen.

Die Koalitionsverhandlungen.

SPD. Berlin, 10. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die augenblickliche politische Lage war im Laufe des Montag Gegenstand fortgesetzter Verhandlungen zwischen der Regierung und den Parteiführern einerseits sowie den Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien andererseits. Auch am Montag machten die Vertreter der Sozialdemokratie der Regierung und den übrigen Koalitionsparteien gegenüber kein Hehl aus unserer Auffassung über die augenblickliche Situation. Zur Beratung zwischen den Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien stand hauptsächlich das Gesetz zum Schutze der Republik nach der Ausschlußfassung zur Debatte. Die Gewerkschaften sind mit den Formulierungen und Änderungen, die der Rechtsausschuß mit dem Gesetz vorgenommen hat, wenig zufrieden. Deswegen ist die unabhängige Sozialdemokratie für den Gesetzentwurf nach den bisherigen Vorschlägen kaum zu haben. Falls nicht wesentliche Änderungen erfolgen, ist anzunehmen, daß die USPD dem Gesetz zum Schutze der Republik ihre Zustimmung nicht geben wird.

Auch am Montag nachmittag zeigten die bürgerlichen Koalitionsparteien für die Stimmung im Volke leider noch bitter wenig Verständnis, trotzdem die Situation nach Ansicht alter, erfahrener Parlamentarier gefährlicher denn je ist, sucht man den ersten Krise, in der wir augenblicklich leben, mit Palliativmitteln zu begegnen. Wie in früheren Zeiten, so betrachtete man auch gestern die Bildung eines Kabinetts der Persönlichkeiten mit Herrn von Kaumer als Vertreter der Volkspartei als einen Ausweg aus dem gegenwärtigen Durcheinander. Wir sind der Auffassung, daß man mit derartigen Plänen die schwierigen Verhältnisse nicht abstellt. Die Sozialdemokratie wird sich daher auch gegen die Verwirklichung des genannten Planes wenden und eine Beteiligung an einem eventuellen Kabinetts der Persönlichkeiten ablehnen. Die Gegenwart erfordert Republikanismus vom Scheitel bis zur Sohle in Deutschland. Dementsprechend wird die Sozialdemokratie ihre Forderungen auf- und ihr Verhalten einstellen.

Die Haager Konferenz.

Haag, 11. Juli.

Die Kommission für die Kredite hat heute eine Sitzung abgehalten. Auch die russische Delegation war anwesend. Der Präsident Avazzano überreichte der russischen Delegation einen Fragebogen betr. der Verwendung der verlangten Transportkredite. Die Russen haben sich sodann während einer halben Stunde in einem Nebenraum zurückgezogen, um über die Antwort zu beraten. Als die Sitzung wieder eröffnet wurde, legte Krassin auseinander, daß die russische Sowjetregierung nicht beabsichtigt, sofort mit der Wiederherstellung aller Eisenbahnen anzufangen, sondern es handele sich vorläufig nur um die wichtigsten Linien, welche zusammen ungefähr die Hälfte des Güterverkehrs von vor dem Kriege transportieren könnten, zunächst im ganzen ca. 15 000 Wern. Zu diesem Zwecke verlangt die russische Regierung Lokomotiven, Geleise, Brücken, Signale, Telegraphen- und Telefon-Material, Maschinen für Eisenbahnwege usw. Weiter große Quantitäten Material insbesondere Stahl. Für den Verkehr zu Wasser werden benötigt Schiffe, hauptsächlich solche für den Petroleumtransport, weiter Einrichtungen von Schiffswerften usw. Auch beabsichtigt die

Aufruf der Amsterdamer Internationale.

Das Bureau des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes richtete nachstehenden Aufruf an alle dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehörigen Organisationen:

Kameraden! Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat nach Kenntnisnahme der allgemeinen Lage in Deutschland mit Befriedigung festgestellt, daß die deutschen Arbeiterorganisationen entschlossen sind, mit äußerster Kraft sich dem Treiben der Reaktion zu widersetzen und die republikanische Verfassung zu verteidigen. Die deutsche Arbeiterklasse hat den festen Willen, die so teuer und schwer eroberten politischen und sozialen Freiheiten zu schützen und weiter zu entwickeln, gegen die Reaktion jeden Schlags und die deutschen Arbeiter entschlossen, alle in ihrer Macht stehenden Mittel anzuwenden, um die Eroberungen der Revolution zu schützen.

Mit Genugtuung hat das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes von dem allgemeinen Aktionsplan der deutschen Arbeiterklasse Kenntnis genommen. Der Internationale Gewerkschaftsbund erklärt sich rückhaltlos bereit, diesen Aktionsplan mit allen Kräften zu unterstützen. Der Internationale Gewerkschaftsbund weiß, daß die Niederlage der Arbeiter und der Demokratie in Deutschland die Niederlage der internationalen Demokratie bedeuten würde, daß der Sieg der Monarchisten und Nationalisten der Triumph der Reaktion in allen Ländern wäre.

Gestützt auf die Lösung des Weltproletariats: Arbeiter aller Länder vereinigt euch! fordert der Internationale Gewerkschaftsbund von allen seinen Anhängern eine aktive Solidarität während der bevorstehenden Ereignisse. Niemand darf gleichgültig bleiben angesichts des Kampfes, den das deutsche Proletariat wider die deutsche Reaktion zu führen hat. Der Weltfriede ist abhängig vom Ausgang dieses Kampfes. Der Weltfortschritt steht auf dem Spiel.

Indem wir in dieser historischen Stunde von der deutschen Arbeiterklasse fordern, daß sie ihre Pflichten erfüllt, gebietet es unsere Pflicht, auch die aktive Wachsamkeit aller dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen zu verlangen. Die Gemeinsamkeit des Ideals und der Ziele bindet die gemeinsame Willkürjüngling. Jeder verfolge mit Aufmerksamkeit die Entwicklung der Ereignisse in Deutschland. Das deutsche Proletariat fühle sich umgeben von den Sympathien der Arbeiter aller Länder. Jeder werte darauf hin, daß die Parlamente und Regierungen seines Landes nicht die Stellung der deutschen Reaktion stärken und die Bestrebungen der Sozialdemokratie Deutschlands fruchtlos machen.

Im Hinblick auf das allgemeine Vertrauen der Arbeiterklasse in allen Ländern und in dem Bewußtsein, daß ihr Kampf gleichzeitig der Kampf der Arbeiterinternationale ist, sind wir gewiß, daß die deutschen Proletarier den Sieg werden gewinnen können.

Die Republik triumphiere endgültig über die monarchistische Reaktion! Jeder sei stark! Ein jeder zeige sich der Gefahr gemessen! Das deutsche Proletariat hat das Recht, die Hilfe der Internationale zu beanpruchen, so wie das internationale Proletariat berechtigt ist, von ihm zu verlangen, daß es keine Schwäche zeige in dem Kampfe zwischen den Mächten des Fortschritts und denen der Anechtung, in dem Kampfe der Vergangenheit und Zukunft. Unterstützt durch die Solidarität der Internationale werden die Proletarier Deutschlands siegen!

Berlin, 9. Juli 1922.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, geb. P. Juchauz, Th. Seipart, C. Mertens, Edo Fimmen, S. Ungeheft.

russische Regierung, einen Automobiltransportdienst im Zentrum der großen Städte einzurichten unter Verwaltung der Eisenbahndirektion, um dadurch den Eisenbahntransport in erster Linie von Getreide und Holz entlasten zu können. Für den Verkehr zur See möchte die russische Regierung gern auch sonstige Kapitalien heranziehen. Sie ist aber noch nicht in der Lage, in dieser Hinsicht ihre Pläne mitzuteilen. Jedenfalls sind grundsätzlich Konzeptionen möglich und die Sowjetregierung sei auch bereit, ein System dafür in allen Einzelheiten auszuarbeiten und vorzulegen. Die Mitteilungen Krassin wurden von der Sitzung mit großem Interesse entgegen genommen und haben im allgemeinen einen guten Eindruck gemacht.

Zum drohenden Bergarbeiterstreik.

Berlin, 11. Juli.

Angesichts der äußerst gefährlichen Situation im Ruhrkohlenbergbau begab sich der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns gestern nach Essen, um persönlich die schwierigen Verhandlungen mit den Bergarbeitern zu führen. Die Verhandlungen werden heute vormittag 9½ Uhr ihren Anfang nehmen. Am Freitag findet dann in Dortmund die Revierkonferenz der Bergleute statt, auf der zu dem Ergebnis der Verhandlungen Stellung genommen wird. Ist das Ergebnis negativ, sollen am 10. d. Mts. die Kündigungspläne den Werken zugestellt werden. In diesem Falle ist dann mit dem Ausbruch des Streiks etwa für Ende Juli oder die ersten Tage des Monats August zu rechnen.

Angst um Deutschland.

Marksturz und Reparationsfrage.

Das gesamte Ausland beschäftigt sich seit einigen Tagen hauptsächlich mit der Beschäftigung der finanziellen Lage Deutschlands und mit den im Zusammenhang damit zu erwartenden politischen und wirtschaftlichen Folgen. Die Unterredungen Schanzers mit Lord George in London und mit Poincare in Paris, die der Lösung der Orientfrage und des griechisch-türkischen Krieges galt, finden verhältnismäßig geringe Beachtung. Es wird übrigens besonders hervorgehoben, daß auch die Deutschland berührenden Probleme in diesen Zusammenkünften erörtert wurden. In selbst die ernste Zuspitzung der Haager Konferenz, die offenkundig in der Entschuldigungsfrage wieder auf einen toten Punkt angelangt zu sein scheint, so daß man bereits mit der Abreise der französischen Delegierten rechnet, beschäftigt die öffentliche Meinung des Auslandes weniger als die Furcht vor dem finanziellen Zusammenbruch Deutschlands. Es ist z. B. sehr beachtenswert, daß der Präsident der Vereinigten Staaten Harding, der relativ selten zu den europäischen Fragen Stellung nimmt, sich veranlaßt sah, in einer Ansprache an die Studenten einer Universität in seinem Heimatstaate Ohio sich darüber zu äußern. Er sagte nach einem Telegramm der „Chicago Tribune“ u. a.:

„Angesichts der bestehenden Krisis in Deutschland sei die erste Pflicht Amerikas, für seine eigene Sicherheit Sorge zu tragen, damit es besser in der Lage sei, anderen zu helfen. Nachdem wir aus dem Kriege mächtiger hervorgegangen sind als wir es vorher waren, ist es unsere Pflicht, der Welt bei ihrem Wiederaufbau zu Hilfe zu kommen. Aber wir können es nur, wenn wir uns in erster Linie bemühen, unser eigenes Haus in Ordnung zu bringen.“

Letzteres scheint eine Anspielung nicht allein auf die allgemeine amerikanische Wirtschaftskrise zu sein, die sich übrigens zusehends bessert, sondern auch auf die großen Streiks, die die Vereinigten Staaten gegenwärtig erleben und die zum Teil blutig verlaufen, wie der Eisenbahnerstreik.

Nach dem „Daily Telegraph“ ist man in englischen Finanzkreisen über die deutsche Finanzlage sehr besorgt; das englische Kabinett werde die Einberufung eines Obersten Rates oder wenigstens einer Konferenz der alliierten Finanzminister und Sachverständigen über die Reparationsfrage beantragen. Das große Londoner Sonntagsblatt „Observer“ tritt den Behauptungen dieser Art scharf entgegen, die in dem neuen Marksturz ein Schwindelmannöver Deutschlands erblicken. Es macht vielmehr die Gläubiger Deutschlands für diese neue Krise verantwortlich, die es in den letzten drei Jahren zu einem Paria herabgedrückt hätte, obwohl sie hätten wissen müssen, daß die Geschäfte zwischen Nationen ebenso wie zwischen Einzelpersonen nur durch gegenseitiges Vertrauen geführt werden können.

Der Schlüssel der Situation liegt nach wie vor bei Frankreich, dem wichtigsten Gläubiger Deutschlands, dessen bisherige Hartnäckigkeit gegenüber allen Bestrebungen, die Reparationsfrage auf vernünftiger Grundlage zu lösen, die neue Krise mitverschuldet hat. Die französische Regierung verhält sich bisher kühl und abwartend. Zu der Nachricht über ein neues Geschäft Deutschlands um Zahlungsausschuß meldet die offiziöse Haas-Adenauer:

„Wenn Deutschland ein wirkliches Moratorium verlangt, wird zunächst seine Zahlungsfähigkeit geprüft werden. Es werde keinerlei Entscheidung gefaßt werden, bevor den Alliierten der Bericht des Garantieauschusses über die Finanzkontrolle vorliegt.“

Ob diese halbamtliche Gelassenheit der wahren Stimmung in Paris entspricht, darf wohl bezweifelt werden. Der Pariser Korrespondent der „Times“ drückt seinem Blatte:

„Noch niemals habe ich eine so pessimistische Stimmung in den höchsten französischen Bankkreisen gefunden, wie jetzt, wo man den Bankrott Österreichs erwartet, und wo der katastrophale Sturz der Mark die Notwendigkeit nicht nur eines vollständigen Moratoriums für einige Jahre, sondern auch Maßnahmen zur Verhinderung eines völligen Zusammenbruchs Deutschlands beweist. Wenn auch die Finanzpolitik Deutschlands scharf kritisiert wird, so ist es doch bemerkenswert, daß niemand nach Strafmaßnahmen ruft. Nach Ansicht der Finanzkreise ist das einzige, was geschehen kann, eine Erhöhung der Naturallieferungen. Später wird man vielleicht noch Zwangsmassnahmen verlangen, aber im Augenblick ist angesichts dieser Krise die Stimmung Frankreichs so, daß man auf Ansprüche verzichtet und es für besser hält, nach Mitteln zur Abhilfe zu suchen.“

Inzwischen sind die Staatssekretäre Fischer und Schröder gestern Abend in Paris eingetroffen, die Ankunft Bergmanns wird dort für Dienstag angekündigt. Nach einer „Europa-Press“-Meldung aus Paris wird in französischen politischen und Finanzkreisen die Gewährung des Moratoriums als sicher gehalten, da sonst der deutsche Staatsbankrott unvermeidlich wäre. Nach der „Daily Mail“ beabsichtigt jedoch die französische Regierung, für die Gewährung eines zweijährigen Zahlungsausschubs stärkste Maßnahmen zur Finanzierung des Ueberwachsungs Deutschlands zu fordern.

Reichstag.

247. Sitzung. Montag, 10. Juli, nachmittags 5 Uhr.

Die Interpellation der Deutschnationalen über die Zustände in Thüringen wird ebenso wie die Interpellation der Deutschen Volkspartei über die Vorgänge in Darmstadt in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden.

Zur Beratung steht dann die erste und zweite Lesung der von allen Parteien mit Ausnahme der USP. und SPD. eingebrachten Gesetzentwürfe über die Erhöhung der Bezüge von Sozialrentnern. Der Gesetzentwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen bei den Invaliden-, Alters- und Witwenrenten um jährlich 3000 Mark und die Deduktion der dadurch entstehenden Mehrausgaben durch die Schaffung neuer Lohnklassen vor.

Hoch (SPD.): Das Gesetz will die Bezüge der Sozialrentner wenigstens einigermaßen den Preisverhältnissen anpassen. Leider war es nicht möglich, die hierfür erforderlichen Mittel der Reichskasse aufzubringen, da entweder neue Steuerquellen erschlossen oder mehr Papiergeld hätte gedruckt werden müssen. Daher bleibt leider nur übrig, die Beiträge zu erhöhen. Dabei konnte bedauerlicherweise nicht entschieden werden, ob mit der Erhöhung der Beiträge der Invalidenversicherung auch eine Erhöhung der Leistungen eintreten soll. Für solche eine Entscheidung fehlt die erforderliche Grundlage. Im Herbst wird diese Frage aber gründlich geprüft werden müssen. Sollte sich eine solche Erhöhung notwendig machen, so wird die Regierung diese unter Zustimmung des Reichstages und auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vorzunehmen haben.

Kaßner (USP.): Die Erhöhungen sind durchaus unzureichend. Bedauerlich ist, daß mit der Erhöhung der Leistungen gemindert werden muß. Die Invalidenversicherung hat schon bei der letzten Beitragserhöhung einen jährlichen Ueberschuß von 6 Milliarden Mark gehabt. Das Gesetz bindet uns auf viel zu lange Zeit. Der grenzenlosen Not der Sozialrentner muß unbedingt und möglichst rasch abgeholfen werden.

Ein Vertreter der Regierung erklärt, daß diese im Allgemeinen mit dem Gesetzentwurf einverstanden ist.

Maßahn (Komm.) fordert, daß die Kosten auf Grund eines Reichsforstgesetzes vom Reich aufgebracht werden.

Meier-Zwischen (SPD.) stellt fest, daß gegen eine Erhöhung des Reichszuschusses wichtige außenpolitische Gründe sprechen.

In zweiter Lesung wird der Gesetzentwurf mit der Aenderung angenommen. Die Unterstützung von Rentenempfängern noch durch besondere Hilfsmittelmaßnahmen zu erleichtern.

Darauf wird das Gesetz in dritter Lesung angenommen.

Ein Gesetzentwurf über die Ermächtigung zu Zollerhöhungen geht an den vollkommeneinstufigen Ausschuss.

Es folgt dann der Bericht des Bildungsausschusses, betreffend die Junglehre. Der Ausschuss hat beantragt, das bei den Ländern vorhandene Material über nichtberufstätige Junglehrer und überfüllte Schulklassen baldmöglichst dem Ausschuss vorzulegen. Die Reichsregierung wird ersucht, mit den Ländern in Verhandlungen zu treten wegen Übernahme verdrängter Lehrer in den Schuldienst der Länder, über Austausch von Junglehrern, Gewährung von Unterhaltzuschüssen, Anrechnung der unerschuldeten Wartezeit und ähnlicher Maßnahmen, die geeignet sind, die Notlage der Junglehrer zu mildern. Für die Mitglieder des Reichstages ist das Reich den Ländern Zuschüsse leisten.

Staatsminister Schulz begrüßt es, daß das Plenum zum Ausdruck bringt, daß die Not der Junglehrer nicht nur eine Angelegenheit der Länder, sondern auch des Reiches ist und hofft, daß das Finanzministerium sich der Notwendigkeit der zu ergreifenden Maßnahmen nicht verschließt.

Der Antrag des Bildungsausschusses wird angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zum Schutz der Republik.

Dr. Seif (Z.) berichtet über die Verhandlungen des Rechtsausschusses, über deren Verlauf wir bereits Bericht erstattet haben. Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Dr. Seif, hat die außerordentlich gespannte Situation amnestischen und freien Entschlusses, eine unverzügliche und dem Gehot der Stunde Rechnung tragende Entscheidung und empfahl namens des Ausschusses die Annahme der Beschlüsse und die Annahme des Gesetzes zum Schutz der Republik.

Bayrischer Gesandter v. Freger erklärt, daß die bayerische Regierung grundsätzlich der Ansicht zustimmt, verbotliche Angriffe auf die verfassungsmäßige Staatsform mit den schärfsten Mitteln zu bekämpfen. Sie hält daher auch eine Verhängung der bestehenden Vorschriften für geboten. Der vorliegende Gesetzentwurf ist aber in seiner jetzigen Form für die bayerische Regierung unannehmbar. Er geht in seinen Strafvorschriften weit über das den Strafrecht des geltenden Gesetzes notwendige Maß hinaus, und enthält in dem Staatsgerichtshof auch ein nach der Verfassung nicht zugelassenes Ausnahmegericht, das in der verfassungsmäßigen Zuständigkeit der Länder tief eingreift (Antrag: „Widerstandsakt“) und über die in seiner Zusammenfassung auf eine bedenkliche Weise die Strafvorschriften hinausläuft. Die Bestimmungen des fünften Abschnittes werden bei einem großen Teil des deutschen Volkes neue Beunruhigung in hohem Maße hervorrufen. (Lachen links.) Durch den Rechtsausschuss ist ein Teil der Bedenken der bayerischen Regierung beigegeben. (Lachen links, rechts.) Dagegen hat der Rechtsausschuss eine grundsätzliche Bestimmung der ursprünglichen Regierungsvorlage beibehalten oder noch verschärft, die es der bayerischen Regierung unmöglich macht, dem Gesetzentwurf in der vom Ausschuss gegebenen Fassung zuzustimmen. (Lachen links.) Das gilt namentlich von den Bestimmungen über den Staatsgerichtshof und seine Zusammenlegung. (Lachen links.) Es werden Ihnen Anträge vorgelegt werden, die geeignet wären, wenigstens die allernötigsten Bedenken der bayerischen Regierung zu beseitigen. Ich bitte Sie, diesen Anträgen zuzustimmen und nicht durch Ihre Ablehnung des Gesetzes für Bayern und die gegenwärtige bayerische Regierung unannehmbar zu machen. (Lachen links.)

Darauf wird die Weiterberatung dieses Gegenstandes auf morgen vertagt.

Das Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik soll nach dem Vorschlage des Reichspräsidenten Löbe dem Reichspräsidenten übergeben werden. Ein Antrag der Deutschnationalen, die Beratung am Mittwoch ohne Vorbereitung an den Ausschuss vorzunehmen, wird abgelehnt.

In der nunmehr erfolgenden ersten Beratung des Gesetzes erklärt

Dagler (USP.), der Gesetzentwurf sei für seine Partei unannehmbar. Das Gesetz sei gemacht worden, nicht um die republikanische Staatsform zu sichern, sondern nur, um die Parteienmacht der Linken anzuhängen.

Der Gesetzentwurf wird dem Rechtsausschuss überwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag nachmittags 2 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Beratung des Schutzgesetzes und des Amnestiegesetzes.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

Das Amnestiegesetz.

Das dem Reichstag von der Regierung vorgelegte und jetzt in Ausschuss bearbeitete Amnestiegesetz befaßt u. a. folgendes:

Personen, die im Jahre 1920 nach dem 4. August und im Jahre 1921 an einem hochverräterischen Unternehmen gegen das Reich als Täter oder Teilnehmer mitgewirkt haben, wird Straffreiheit gewährt. Dies gilt nicht für Straftaten, die sich in der Zeit vom 1. Januar 1920 bis zum 31. Dezember 1920 ereignet haben. Ferner wird Straffreiheit gewährt

Personen, die von den auf Anordnung des Reichsministers der Justiz im Jahre 1921 errichteten außerordentlichen Gerichten wegen Handlungen verurteilt worden sind, die mit einem gegen das Reich gerichteten hochverräterischen Unternehmen im Zusammenhang stehen, sofern die Handlungen nicht lediglich auf Rohheit, Eigennutz, oder sonstigen nichtpolitischen Beweggründen beruhen.

Von der Straffreiheit ausgeschlossen sind die Personen, die zur Durchführung des hochverräterischen Unternehmens oder im Zusammenhange mit den hochverräterischen Unternehmen ein Verbrechen gegen das Leben, ein Verbrechen der schweren Körperverletzung, ein Verbrechen des schweren Raubes, ein Verbrechen der Brandstiftung, ein Verbrechen der vorsätzlichen Gefährdung des Eisenbahntransportes, ein Verbrechen gegen das Gesetz über den verbrecherischen und gemeingefährlichen Verbrauch von Sprengstoffen usw. begangen haben.

Im übrigen finden die Vorschriften der §§ 2, 3 des Gesetzes vom 4. August 1920 mit der Maßgabe Anwendung, daß auch die rückständigen Geldbußen und Kosten erlassen werden und daß auf Antrag des Verurteilten auch Vermerte über bereits verbüßte Strafen, die unter die Straffreiheit fallen würden, im Strafregister zu tilgen sind.

Das vorkehend inhaltlich wiedergegebene Gesetz beschäftigte bereits am Montag nachmittags den Rechtsausschuss. Von den sozialdemokratischen Parteien (die Kommunisten sind nicht im Ausschuss vertreten) wurde in mehrfacher Hinsicht eine Erweiterung gefordert. U. a. wiesien die Redner der genannten Parteien darauf hin, daß Richter der Republik Feinde der republikanischen Staatsform gering oder gar nicht bestraft haben, während Freunde der Republik bei den geringsten Vergehen mit schweren Strafen belegt wurden. Schon dadurch ergebe sich die Notwendigkeit der Amnestie. Auch in Bayern müßten die politischen Gefangenen freigesetzt werden, und es sei eine Schmach für Deutschland, Toller noch weiter hinter Gefängnismauern festzuhalten. Aufhören müsse auch die Kampfpolitik gegen die Eisenbahner. Gemisste Eisenbahndirektionen hätten die Gelegenheit benutzt, um anlässlich des letzten Streiks mißliebige Beamte zu entlassen, wenn sie auch gegen den Streik gearbeitet haben. Die Eisenbahner wünschten mit Recht ihre gemährte Kollegen in den Dienst zurückzuführen.

In der Abstimmung wurden die sozialdemokratischen Anträge fast ausschließlich abgelehnt. Als Antrag 3 wurde auf Antrag der Sozialdemokraten folgendes eingefügt:

„Wird die von den Beschuldigten oder Verurteilten auf Grund dieses Gesetzes in Anspruch genommene Straffreiheit durch eine gerichtliche Entscheidung verneint, so sind die Akten einem Ausschuss vorzulegen, den der Reichsjustizminister beruft. Erachtet der Ausschuss die Voraussetzungen der Straffreiheit für gegeben, so legt er die Akten dem Reichsjustizminister zur weiteren Entscheidung vor.“

Angenommen wurde noch folgende Resolution, die vom Zentrum, den Demokraten und der Deutschen Volkspartei gestellt worden war:

„Der Reichstag wolle beschließen:

Der Reichstag prüft die Erwartung aus, daß die Eisenbahnerverwaltung bei Handhabung der Disziplinalgewalt gegen die am Eisenbahnerstreik im Februar ds. Js. beteiligten Beamten, die außerhalb mit dem Gehot der Anrechtshaltung der Ordnung vereinbarte Mäßigkeit walten läßt. Er erwartet ferner, daß der Herr Reichsverkehrsminister nach denselben Gesichtspunkten bei der Beurteilung von Strafbefehlen verfährt, in all den Fällen, in denen Beamte wegen der bezeichneten Verfehlungen durch rechtskräftige Erkenntnis eines Disziplinargerichts oder der zuständigen Verwaltungsbehörde abgeurteilt sind.“

Reichsgesetzliche Feiertage.

Berlin, 11. Juli.

Das Reichsministerium des Innern hat dem Reichsrat einen Gesetzentwurf gegeben, durch den die Frage des Feiertages reichsgesetzlich gelöst werden soll. Als gesetzliche Feiertage des Reiches werden bestimmt die beiden Osterfeiertage, die beiden Pfingstfeiertage, die beiden Weihnachtstage, der 11. August und in Süddeutschland der Fronleichnamstag, in Norddeutschland der Charfreitag. Der landesgesetzlichen Regelung bleibt es überlassen, das Reformationsfest, Gebet- und Fasttag und den ersten Mai zu feiern. Weitere Feiertage können nur durch Reichsgesetz eingeführt werden. Für den Verfassungstag ist anzugeben, daß die Landesregierungen nach Rahmenvorgaben des Reiches andere Bestimmungen zu einer würdigen Ausgestaltung treffen können.

An die Deutsch-Oberschlesier.

Berlin, 10. Juli (WZB.)

Der Reichspräsident hat aus Anlaß der Uebergabe deutsch-schlesischer Teile Oberschlesiens an die deutschen Behörden folgendes Telegramm an den Oberpräsidenten Bittia in Oppeln gerichtet:

Freudenstadt, 10. Juli.

Am Tag der Befreiung der uns verbliebenen Teile Oberschlesiens lende ich dem schwergeprüften Lande meine Grüße und Wünsche. Unauslöschlicher Dank gebührt der treudeutschen Bevölkerung, die allen Verlockungen und Drohungen zum Trotz ihr mannhafte Bekenntnis zum Vaterlande abgelegt hat. Mit dieser Trauer gedenke ich der entzifferten Landesteile und ihrer Bewohner. Wir werden ihnen die Treue halten und mit ihnen gemeinsam den Schmerz über das erduldeten Unrecht tragen. Die wirtschaftlichen Wunden, die Fremdherrschaft und die Zerrüttung dem Lande geschlagen haben, muß deutscher Fleiß und deutsche Hilfsbereitschaft zu heilen versuchen.

Ebert, Reichspräsident.

Im eigenen Sicht!

Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht an leitender Stelle die Forderung einer „angesehenen demokratischen Persönlichkeit Westdeutschlands“, in der daran erinnert wird, daß Streikemann in seinen „Deutschen Stimmen“ eines der elendesten Pamphlete gegen den Reichspräsidenten, worin auch der verabschiedete Demokrat Kautzmann mit Rot bemerkt wird, in beschrifteter Weise empfinden hat. Zum Schluss wird gesagt:

Wenn es sich jetzt bestätigen sollte, daß die Herren Abgeordneten Marx und Dr. Koch im Auftrag ihrer Fraktionen diese Deutsche Volkspartei zum Eintritt in die Regierung eingeladen haben, dann könnte man sich nicht wundern darüber, daß alle wackleren Republikaner diesen Schritt als eine Verhängung empfinden müssen. Niemand wird für möglich halten, daß auch nur die Mehrheitssozialdemokratie heute zur Regierung koalieren bereit wäre. Es würde sich also bei der Gründung nur um eine demokratische Geheule handeln, die bei der gegenwärtigen Erregung in unserer Arbeiterschaft nicht anders als aufreizend und verächtlich

wirken kann. Für den Außenstehenden ist nach besonders unverständlich der Gegenstand, der sich hier in aller Öffentlichkeit auftritt zwischen der Reichstagsfraktion und den vom Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei aufgestellten Richtlinien. Der arme Wähler und Staatsbürger steht hier leider nicht zum erstenmal vor der Frage: welches ist nun die Politik der Deutschen Demokratischen Partei?

Um nicht unhöflich zu werden, wollen wir die Antwort auf diese bange Frage eines Demokraten der Demokratischen Partei selbst überlassen.

Einigung in der Buchdruckerlohnfrage.

Leipzig, 10. Juli. Bei den heute in Leipzig geführten Verhandlungen über Lohnforderungen der Arbeiter des deutschen Buchdruckerwerkes ist eine prinzipielle Einigung erzielt worden. Es wurde vereinbart, daß allen männlichen Arbeitern eine einmalige Beihilfe von 350 Mk. gezahlt werden soll, den weiblichen Arbeitern eine solche von 250 Mk. Ueber die eigentlichen Löhne der Buchdrucker soll erst morgen verhandelt werden, doch wurde heute bereits von den Vertretern der Buchdrucker das Versprechen gegeben, daß in allen Betrieben, in denen gestreikt wird, die Arbeit morgen früh wieder aufgenommen werden soll.

Berlin, 10. Juli.

Die Generalversammlung der Buchdrucker, die heute Vormittag tagte, nahm einen recht bewegten Verlauf. Es wurde, wie der „Vorwärts“ meldet, besonders kritisiert, daß die Regierung ihre Nachmittel nicht benutze, um die Arbeitgeber zum Nachgeben zu zwingen. Die Versammlung beschloß schließlich den Streik in der jetzigen Form weiter zu führen. Die Entscheidung über den Verlauf des Streiks wird im wesentlichen von dem Beschluß der morgen in Leipzig zusammen tretenden Tarifkommission abhängen.

Der Münchener Gumpf.

SPD. München, 10. Juli.

Die Nachricht über die Aufhebung der Organisation C in München durch Beamte des Reichsanwaltes hat hier die Aufmerksamkeit der republikanischen und der antirepublikanischen Bevölkerung außerordentlich vergrößert. Die Münchener Polizei und die ihr nachstehende Presse sucht die Tätigkeit der Berliner Kriminalbeamten, die ihr amtlich nicht bekannt geworden sei, überhaupt abzuleugnen, die Festnahmen auf die Initiative der Münchener Polizei zurückzuführen und behauptet, von einem Brief an den Sanitätsrat Wittlinger und der Existenz einer rechtschaffenswissenschaftlichen Zentrale in München sei ihr nichts bekannt. In derselben Linie bewegt sich ein Presseangriff auf den Führer der christlich-sozialen Partei Bayerns, der ebenso von „Berliner Geldern“ bestochen sei wie der Hochverräter Leopoldling.

Auf der anderen Seite geht die „Münchener Post“ zum Angriff auf die Münchener Wärdertliche und die zu ihr in Beziehung stehende Polizei vor. Sie veröffentlicht in langen Listen die Geldgeber der Münchener Geheimorganisation und macht einige recht wertvolle Angaben: So sei der Kapperbrocker Jagow unter dem staatlichen Schutz mehrere Monate in Berlin beherbergt worden, der deutschböhmische Schriftsteller Henrich aber mit einem Paß der Münchener Polizeidirektion und einer geladenen Pistole ausgestattet, der den Zutritt zum Reichspräsidenten während des Münchener Aufenthaltes zu erzwingen versuchte.

Die Münchener Studentenschaft ist bestrebt, den Rathenau-Mord in der fleißigsten Art zur Hege gegen die deutsche Republik und den Reichspräsidenten auszunutzen. Ein Student wagt, in aller Öffentlichkeit in bezug auf den Mord an Rathenau zu rufen: „Rast auf den nächsten!“

Anzeige hierüber wurde ebenso erstattet wie über den Schriftsteller Henrich und das Utterat auf den Genossen Uner, jedoch bisher ohne jeden Erfolg.

Im übrigen entwirrt sich die Münchener Polizei in der ihr gefügigen Presse, daß sie über die Ergebnisse der Berliner Verhandlungen, vor allem über die Befragung Münchener Polizeibeamten in der Geheimbund-Affäre keine amtliche Kenntnis erhalten habe. Die Bekundmachungen des Reichsanwaltes werden als „hinterhältige Verleumdung, die öffentliche Meinung irreführen und als Staatsmaße“ bezeichnet. Unter diesen Umständen gewinnt ein Vortrag des Grafen Ledebur eine besondere Bedeutung. Er spricht heute abend in einer Versammlung der christlichen Gewerkschaften über „Republik und Demokratie“.

„Außerordentliche Disziplin der Massen“.

Der Polizeichef von Neuport zur Demonstration.

Am Tage der Berliner Riesen demonstration bestand sich der Polizeichef von Neuport, Richard Enright, in Berlin und hatte als Gast der „Europäischen Film-Allianz G. m. b. H.“ Gelegenheit, vom Dache des Hauses an der Gedächtniskirche die riesenhafte Demonstration der Berliner Arbeiterschaft in Augenschein zu nehmen. Er erklärte, daß er mit höchster Bewunderung die außerordentliche Disziplin der Massen, und zwar der größten Menschenmassen, die er in seinem Leben gesehen hat, sah und daß er diese polizeiliche Ordnung um so mehr bewundere, als er vor Jahren als einfacher Polizist in Neuport gerade mit der Ordnung der Mengen zu tun gehabt hätte. Mr. Enright und seine Begleitung erklärten, daß sie einen gewaltigen Eindruck mit nach Hause nehmen.

Börse.

Berlin, 10. Juli.

Bei Wochenbeginn trat am Berliner Devisenmarkt ein lebhaftes Angebot hervor. Der Dollar, der in den ersten Vormittagsstunden noch mit 550 bis 560 gehandelt worden war, ging an der Börse zeitweise bis auf 516 zurück. Im weiteren Verlauf herrschte wieder etwas regeres Geschäft, jedoch die amtlichen Notierungen verhältnismäßig hoch liegen. Es notierten Kabel Neuport 528 1/2, London 2350, Holland 20 500. Am Effektenmarkt flaute das Geschäft merklich ab. Die Geldknappheit legt hier der weiteren Hausse ein Ziel. Besonders stark angeboten wurden Montanpapiere im Hinblick auf die drohende Streikgefahr im Bergbau. Auch auf den übrigen Märkten fanden Kurssteigerungen neben Abwägungen. Sehr fest lagen Süßes-Phosphate auf die Nachricht, daß Japan beabsichtige, die deutschen Vermögenswerte freizugeben. Außerdem waren auch verschiedene ausländische Rentenwerte merklich höher, so z. B. Lombarden, Bagdad-Anleihen und verschiedene türkische Werte.

Von der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion werden folgende Genossen zum Parteitag nach Augsburg delegiert: Koch, Hoffmann-Kaiserlautern, (Kaiserlautern), Rahmann, Köster, Radbruch, Scheidemann, R. Schmidt, Simon-Augsburg, Wisell, Gering, G. Schmidt, Wender, Schumann, Feldmann, Giesel, Evert, S. Schmidt, Hübnich, Eddies, Pfaff, Schuch, Tsch. Als Ersatzleute wurden die Genossen Bernstein, Hellmann bestimmt. Berichtreferent ist Genosse Vogel-Franken.

Briefe Deutscher Treubündler.

Onkel Ludwig und Onkel Emil.

Wenn man die Namen liest, denkt man an zwei gemütliche ältere Herren mit Bonbons für Nichten und Nichten in den Rocktaschen. Die beiden „Onkels“ sind aber durchaus nicht von der gemütlichen Sorte. Onkel Ludwig und Onkel Emil sind die Decknamen für Ludendorff und Escherich in der Korrespondenz der Verschwörer von der Geheimorganisation C. Der verhaftete Günther hat diesen Zusammenhang gestanden.

Genau wie in der Kapp-Affäre, so ragt auch in die Vorgeschichte der letzten Zeit die Gestalt Ludendorffs herein. Er stand mit den Verschwörern auf vertrautem Fuße, er wird in ihrer Korrespondenz häufig genannt und keineswegs in harmlosem Sinne. Wir verweisen auf die nachfolgende Darstellung.

Natürlich wird der gute Onkel Ludwig wieder behaupten, daß alles nur „Zufall“ gewesen sei. Genau so ein Zufall wie der, der Onkel Ludwig am 13. März 1920 um 6 Uhr früh am Brandenburger Tor spazieren gehen ließ. Über gerade diesen „Zufall“ klären die Briefe der Verschwörer grausam auf. Diese Briefe betonen, daß eine Wiederaufnahme des Tsaow-Prozesses nicht stattfinden dürfe, denn durch eine ernante Verhandlung werde „Onkel Ludwig“ vollends kompromittiert werden, wenn es dem Vorsitzenden einfiel, etwas gründlicher „Onkel Ludwigs“ Rolle im Kapp-Unternehmen zu studieren, als der Herr Pelargus seinerzeit getan hat.

„Onkel Emil“ — Escherich — aber steht in allerhand verdächtigen Beziehungen zu dem flüchtigen Ehrhardt. Als Dritter im Bunde tritt der deutschvölkische Graf Reventlow hinzu.

Immer deutlicher zeigt sich, daß es sich bei der Mord- und Verschwörerorganisation nicht nur um untergeordnete Persönlichkeiten handelt, sondern daß die Hauptführer der deutschvölkischen Bewegung an der Spitze des Treibens gestanden haben.

Auch über die Kreise, aus denen die Mörder Rathenaus stammen, hat die Kriminalpolizei weitere Feststellungen machen können. Bei dem Studenten Günther, der als Anführer und Mittäter des Rathenau-Mordes festgenommen ist, wurden zwei verschlossene Briefe gefunden, die Günther, der ständig als Kurier zwischen Berlin und München hin- und herfuhr, offenbar in München hatte abgeben sollen, aber aus irgendwelchen Gründen nicht abgegeben, sondern bei sich behalten hat. Der eine Brief stammt vom

Grafen Ernst zu Reventlow,

dem früheren Redakteur der „Deutschen Tageszeitung“ und jetzigen Herausgeber des „Reichswart“. Der Brief ist gerichtet an einen Dr. v. Scheubner-Richter in München, Georgenstraße 42, der dort einen „Wirtschaftsverband-Aufbau“ leitet. Dieser soll angeblich eine rein wirtschaftliche Organisation für die deutsch-russische Annäherung sein, ist aber nach den Feststellungen der Polizei nichts anderes als die Verbindungsstelle zwischen den deutschen und russischen monarchistischen extremer Richtung. Der Brief lautet:

Potsdam, den 13. April 1922.

Große Weinmeister-Straße 62.

Sehr verehrter Herr Doktor!

Wollen Sie bitte dem General sagen, ich hätte keine vorzeitige Abreise außerordentlich bedauert. Ich habe nämlich, wie wir verabredet hatten, die Unterhaltung mit Herrn v. S. gehabt, auch über Polen mit ihm gesprochen und ihm bereitwillig gefunden, durch einen Vertreter mit dem General zu sprechen, womöglich in einer Weise, daß er zum Kongreß etwas Rüdendendes mitnehmen kann. Das Beste wäre mithin, wenn er selbst herkäme und es S. entsprechend zeitig wissen ließe. Ich wohne jetzt hier in Potsdam, bin aber von Ostern ab jeden Tag im Bureau des „Reichswart“, Dessauerstr. 6. Die Sache halte ich,

schon um der Verbindung willen, für sehr wichtig. Ich wiederhole aber die Bitte: rechtzeitige Nachricht!

Mit besten Empfehlungen

Ihr ergebener Reventlow.
Der General, von dem hier die Rede ist, ist natürlich General Ludendorff, der im übrigen Briefwechsel der Deutsch-Völkischen ständig als

„Onkel L.“ oder „Onkel Ludwig“

bezeichnet wird. Neben ihm spielt in diesem Briefwechsel Onkel Emil eine Hauptrolle, mit welchem Namen Forstrat Escherich gemeint ist. Der Kongreß, von dem die Rede ist, ist entweder der russische Monarchisten-Kongreß in Bad Reichenhall oder eine ähnliche Monarchistenveranstaltung. Wer mit Herr v. S. gemeint ist, hat sich bisher noch nicht feststellen lassen.

Der zweite Brief rührt von einem gewissen Petersen, einem Mitarbeiter Reventlows am „Reichswart“, her und ist gerichtet an den

Sanitätstrot Dr. Pittinger in München,

den Nachfolger Escherichs in der Leitung seiner bewaffneten Organisation. Der Brief lautet:

Potsdam, den 13. April 1922.

Große Weinmeister-Straße 62.

Sehr verehrter Herr Doktor!

Endlich habe ich eine Gelegenheit, Ihnen zu schreiben und zunächst meiner Freude über Ihre Willkommene Ausdrück zu geben. Sonst bin ich seit vielen Wochen über die dortigen Vorgänge und Verhältnisse leider sehr wenig unterrichtet, und richte hiermit die Bitte an Sie, die Lücken meines Wissens wieder wie früher auf irgendwelche Weise auszufüllen. Wie ich höre, ist Herr Sonntag dauernd nach Berlin zurückgekehrt. Ich halte das aus verschiedenen Gründen für gut, obgleich infolge dessen bis jetzt eine Nachrichtenverbindung für mich und andere beinahe vollkommen aufgehört hat. Ich bin jetzt nach Potsdam gezogen, fahre aber von nächster Woche an jeden Tag nach Berlin, Dessauerstr. 6, wo ich über Wulle bis auf weiteres ebenfalls das Bureau des „Reichswart“ habe. Das Beste wäre, wenn Sie oder Ihr Geschäftsfreund einmal wieder herkämen. Hier werden über die dortigen Verhältnisse unendliche Klatschgeschichten verbreitet. Bald wird dieses geglaubt, bald jenes. Das Neueste ist:

E. sei mit Moskau in direkte Verbindung getreten.

Das würde ich für sehr wichtig halten und für sehr gefährlich, denn die Wahrscheinlichkeit besteht im höchsten Grade, daß er von jenen Leuten nach allen Regeln der Kunst über Ohr gebauert wird. Ich kenne auch den Unterhändler und würde größten Wert darauf legen, daß E. sich vielleicht mit mir in Verbindung setzt. Ich könnte ihm verschiedene wichtige erzählen und vor gefährlichen Fallstricken zum Nutzen der gesamten Sache bewahren. Ist es möglich, so handeln Sie schnell, ehe Unheil entstanden ist. Ein anderes hiesiges Gerücht behauptet, E. hätte

sich Onkel Emil zur Verfügung gestellt.

Schließlich würde ich für unbedingt nötig halten, daß Sie und ich einmal über Herrn v. S. sprechen. Bis jetzt wird er hier vielfach als ganz unmöglich angesehen, aber es ist mir mehr als zweifelhaft, ob sich diese bequeme Methode wird durchführen lassen. Mit Neigungen und Abneigungen kann man keine Politik machen, höchstens eine sehr üble. Mir wird es vorläufig wahrscheinlich nicht möglich sein, zu Ihnen zu kommen.

Auch die russischen Geschäftsfreunde machen mir immer und immer Sorgen, die ich in einem kurzen Brief nicht erledigen kann, teils auch im Zusammenhang mit Herrn v. S. Kurz: alles dies verlangt eine recht baldige mündliche Aussprache zwischen Ihnen und mir und noch einem anderen Herrn. Im übrigen mach mir der hiesige Kreis schon seiner Größe halber „einige Sorge“. (Folgen die üblichen Schlusswendungen.) „E.“, von dem in diesem Brief mehrfach die Rede ist, ist Kapitänleutnant Ehrhardt. Der Brief zeigt, daß

Ehrhardt mit Reventlow und Wulle in dauerndem

Zusammenhang

über München hinweg gestanden hat. Die Andeutung des Briefes, daß Ehrhardt versucht hat, mit der Räteregierung in Moskau in Beziehung zu treten, ist durch die Nachforschungen der Polizei bestätigt worden.

Einlegung des Staatsgerichtshofes

behandelt. Abg. Beyerle legte namens der Bayerischen Volkspartei feierliche Verwahrung gegen diesen „Eingriff in die Justizhoheit der Länder“ ein. Das sei eine Gewaltprobe, und es erhebe sich die Frage, ob dieser Teil des Gesetzes überhaupt durchführbar sei. — Levi (U. So.) erklärte, diesen schweren innerpolitischen Gefahren müßten wir ins Auge sehen. Man müsse sowohl gegen die deutschnationale geheime Agitation wie gegen die Sabotage des Reichsgedankens durch Bayern vorgehen. Wenn es nicht möglich ist, die Reichsgesetze in Bayern durchzuführen, dann könnten wir den Bankrott anmelden.

Bell (Zentrum): Zwar müsse man mit Konflikten zwischen Reich und Ländern wegen dieses Gesetzes rechnen, aber man solle doch nicht die Angriffe auf die Spitze treiben, sondern an Reich und Länder zur Verfländigung appellieren. Bell schlägt dann vor, daß der Reichspräsident die Mitglieder des Staatsgerichtshofes nur nach Anhörung des Reichsrats ernennen soll.

Der Reichsjustizminister hat im Namen der Reichsregierung wiederholt, die Beratung des Gesetzentwurfes am Sonnabend abzuschließen.

Ein widerspenstiger Senat.

Folgendes Telegramm gelangte an den Reichsminister des Innern Dr. Köster aus Bremen:

„Reaktionärer aus bürgerlichen Parteien gebildeter Senat hat bisher keinerlei Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung der Reichsregierung erlassen. Kein einziger monarchistischer oder rechtskonservativer Verein wurde aufgelöst, auch die Organisationen „Consul“, „Stahlhelm“ und die Einwohnerwehroretine nicht. Folge ist, daß in benachbarten Städten aufgelöste Vereine von ihren bremischen Organisationen unterstützt werden und unter bremischer Bezeichnung in preussischen Orten verbotene Veranstaltungen abhalten. Waffenfunde in Bremer Nachbarn beweisen, daß reaktionäre Vereine auch über große Waffenmengen verfügen. Reaktionäres Treiben gefährdet Bremens Wirtschaftsinteresse.“

Unterzeichnete Landtagsfraktionen fordern sofortiges Eingreifen der Reichsregierung.

Bürgerliche Fraktionen der SPD. und USPD.

Preussischer Landtag.

Der Preussische Landtag erlebte am Sonnabend in einer kaum zweistündigen Sitzung eine recht umfangreiche Tagesordnung. Das Schutzpolizeigesetz, das zur zweiten Beratung stand, wurde angenommen. Dann folgte die debattelose Erledigung einer ganzen Reihe von Gesetzentwürfen. Unter ihnen befinden sich ein Gesetz betr. die Luftkriegsmöglichkeiten der preussischen Beamten, ein Gesetz zur Behebung des durch Hochwasser geschaffenen Notstandes im Kreise Niederung, ferner ein Gesetz, zur Bildung eines Ausgleichsfonds zur Hebung des Wirtschaftslebens der Provinz Ostpreußen. Ferner wurde das Gesetz über das Dienst-einkommen der Gewerbe- und Handelslehrer und -lehrerinnen an den Pflichtfortbildungsschulen geändert. Ein Antrag der Sozialdemokraten, der die einheitliche Organisation des Städtewesens im oberpreussischen Bergrevier bezweckt, wurde angenommen, ebenso in zweiter und dritter Lesung ein Gesetzentwurf zur Regelung von Grenzen von Bergwerksfeldern.

Das Haus nahm dann noch den Bericht des Ausschusses für Unterichtswesen betr. die sachliche Durchbildung der Anwärter des höheren Justiz- und Verwaltungsdienstes entgegen, stimmte ihm zu und verlegte sich dann auf Dienstag 1 Uhr. Am Dienstag soll die dritte Lesung der Gesetze zum Schutze der Republik vorgenommen werden.

Zeitungsverbot.

Breslau, 8. Juli.

Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien hat auf Grund der Verordnung zum Schutze der Republik die „Schlesische Tagespost“ wegen Verleumdung und öffentlicher Beschimpfung von Mitgliedern der Reichs- und preussischen Staatsregierung für vier Wochen verboten. Das Blatt hat in seiner Nummer vom 7. Juli gegen den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Dr. Boelitz, wie der Zusammenhang klar erweist, den Vorwurf fälschlicher Rohheit, Verkommenheit und wohlberedener Verleumdung erhoben. In derselben Nummer wirft die „Schlesische Tagespost“ dem Reichsfinanzminister Dr. Wirth vor, daß er mit gewissen Maßnahmen gedauert habe, bis er vom Landesfeind an seine Pflicht erinnert werden mußte, was die denkbare schwerste öffentliche Beschimpfung eines deutschen Staatsmannes ist.

Volkswirtschaft.

Zur Generalversammlung der Deutschen Bank.

Generalversammlungen großer Aktiengesellschaften sind in der Regel von den Verwaltungen und den Vertretern der Aktienmehrheit gut vorbereitet und wickeln sich wie ein Film ab. Selten kommen Dinge zur Sprache, die einer weiteren Öffentlichkeit einen wirklichen Einblick in die Verhältnisse des Unternehmens geben können. Seitdem jedoch den Arbeitnehmern das Gesetz durch die Entsendung von Vertretern in den Aufsichtsrat der Aktiengesellschaften wenigstens das Recht gesichert hat, gewisse Einblicke in die Verwaltungstätigkeit zu tun, bemerkt man hier und da eine größere Bereitwilligkeit, in den Generalversammlungen auf Dinge einzugehen, deren Erörterung früher geradezu verpönt war. So wurde in der Generalversammlung der Deutschen Bank an die Verwaltung die Frage gerichtet, warum sie in ihrem Geschäftsbericht, der bekanntlich diesmal eine Umrechnung der wichtigsten Bilanzposten in Goldmark enthält, nicht auch die Unkosten in Goldparität angegeben habe. Die Verwaltung begründete dies mit dem Hinweis auf die völlig veränderte Struktur der Bank. Sie arbeitete im Jahre 1913 mit 6566 Angestellten, diese Zahl ist inzwischen auf 19422 gestiegen. Im Jahre 1913 erhielten die Aktionäre vom Reingewinn 25 Millionen Mark, die Angestellten (Gehälter um 23,4 Millionen Mark). Im letzten Geschäftsjahre betragen die Personalkosten 651 Millionen Mark, während die Aktionäre 96 Millionen Mark erhielten. Die Verwaltung fügte noch hinzu, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Situation direkt gefährdend sei. Die Deutsche Bank sehe jedoch den kommenden schweren Zeiten mit Ruhe entgegen. Zu diesen Mitteilungen der Verwaltung ist folgendes zu bemerken: Die erwähnten 96 Millionen Mark Dividende sind nicht der einzige Vorteil, den die Aktionäre im vergangenen Jahre genossen haben. Es sind für bauliche Erweiterungen bereits große Summen verwendet und zurückgestellt worden, außerdem hat man die Reserven aller Art erheblich gestärkt. Schließlich ist kürzlich den Aktionären noch ein wertvolles Bezugsrecht zugefallen. Das starke Anwachsen der Unkosten erklärt sich natürlich zum Teil aus der Geldentwertung. Außerdem muß aber auch darauf hingewiesen werden, daß die Banken im vergangenen Jahre ihren Kundenkreis ganz bedeutend erweitert haben, da sie sich fast ausschließlich der Pflege des Effektengeschäfts widmeten. Hierdurch ist natürlich die Arbeitslast ganz beträchtlich gewachsen, während die Bedeutung der Banken im allgemein volkswirtschaftlichen Sinne sich zweifellos verringert hat.

Devisen-Kurse.

Berlin, 11. Juli.

Ämliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	10 Juli.	8. Juli.	
Amsterdam	100 fl.	2047,35	2057,425
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	3925,05	3925,05
Bretanien	100 Kr.	8714,05	8639,15
Kopenhagen	100 Kr.	11460,65	11365,80
Stockholm	100 Kr.	18662,90	18583,05
Helsingfors	100 finn. Mk.	1189,55	1135,55
Rom	100 Lire	2327,05	2302,10
London	1 £	2347,05	2327,05
New York	1 Doll.	527,85	522,34
Paris	100 Frs.	4114,85	4114,85
Zürich	100 Frs.	10087,35	9912,55
Madrid	100 Pésetas	8199,70	8029,95
Wien	100 K.	2,18	2,20 1/2
Prag	100 K.	1153,55	1138,55
Budapest	100 K.	39,20	40,54

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 10. Juli: D. Karla von Ido in 3 Tg., D. Saula von Nemaste in 3 Tg., 11. Juli: D. Eduard Haubitz von Christenstadt, D. Poseidon von Helsingfors in 3 Tg., D. Terna von Malmö in 16 Std., D. Georg von Traugund in 3 1/2 Tg.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Seher; für Freihand Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inneres Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., Lübeck in Lübeck.

Widerstände gegen das Schutzgesetz.

In das Gesetz zum Schutze der Republik soll auf einstimmigen Beschluß des Ausschusses als § 16a folgende Schutzbestimmung aufgenommen werden:

In das Strafbuch wird als § 49b folgende Vorschrift eingefügt: Wer mit einem anderen ein Verbrechen des Mordes verübt, wird mit Gefängnis von einem bis zu fünf Jahren, oder wenn eine Person aus Gründen, die in ihrer Stellung im öffentlichen Leben liegen, ermordet werden soll, mit Zuchthaus bestraft. Neben der Freiheitsstrafe kann auf Geldstrafe bis zu 5 Millionen Mark erkannt werden. Straffrei wird, wer freiwillig das Verbrechen verhindert oder seine Verhütung durch Anzeige bei der Behörde ermöglicht.

Bei der Beratung des § 2 ergaben sich so erhebliche Meinungsverschiedenheiten, daß auch dieser Paragraph einem Unterausschuß überwiesen werden soll. Als Beispiel für deutschnationale naive Dreistigkeit sei erwähnt, daß der Abg. Graef (Dnat. Vp.) einen besonderen Schutz auch für politische Parteien verlangte, die auf dem Boden der Verfassung stehen, und dazu ausdrücklich und besonders die — Deutschnationale (!) Partei erwähnte.

Der § 3 des Gesetzes wurde mit einigen Änderungen von nicht grundsätzlicher Bedeutung angenommen.

Bei dem § 4, der den

Verlust öffentlicher Ämter,

Dienstentlassung von Militärpersonen und Verlust des Ruhegehalts von Beamten und Militärpersonen betrifft, wenn sie schwer gegen das Gesetz zum Schutze der Republik verstoßen, entwickelte sich eine lange Debatte, weil die Rechtsparteien durchaus Hochverrätern die Möglichkeit gewähren wollten, von derselben Republik Ruhegehalt zu beziehen, der sie mit Mitteln der Gewalt, des Mordes, der Geheimbünde und der Verleumdung das Grab schaufeln wollten.

Hoffmann-Kaiserslautern, der in der Monarchie gemäßigt und zum Verlust der Pension verurteilt worden ist, nur weil er sozialdemokratische Gesinnung hatte, konnte den Herren in ihrer Verlogenheit sich als lebendes Beispiel dafür vorstellen, wie sie früher über diese Fragen gedacht haben. Die Streitfrage wurde dem Unterausschuß überwiesen.

Zu einem bemerkenswerten politischen Zusammenstoß kam es, als der § 5 beraten wurde, der die



Weiche mit
Henko
die Wäsche ein!

„Henko“ Setafel & Wasch- und Bleich-
Soda, zum Einweichen der Wäsche
und für den Hausputz.
Alleinige Hersteller:
Setafel & Co., Düsseldorf.

Öffentliche Verdingung.

Die Ausführung von Erd- u. Maurerarbeiten für den Neubau von Kleinwohnungen an der Wendischen Straße soll im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden.
Angebote sind bis zu dem am

Dienstag, dem 18. Juli 1922, mittags 12 Uhr

im Bauamt, Mühlenbamm 10, stattfindenden Termin in verschlossenem, mit entsprechender Aufschrift versehenem Umschlag an das Bauamt einzureichen.
Lieferungsverzeichnisse und Bedingungen liegen im Bauamt zur Einsicht aus, auch können sie gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden.

Zuschlagsfrist zwei Wochen. (4316)

Lübeck, 10. Juli 1922.
Das Bauamt,
Abt. Hochbau I.

Walter Holst Martha Holst geb. Reuse

Vermäßliche. Lübeck, 8. Juli 1922. Mühlenstraße 32.

Für die vielen Graulationen und Aufmerksamkeiten jagen herzlichen Dank. D. D.

Herzlichen Dank allen, die mir bei dem Verlust meiner lieben Frau treu zur Seite gestanden haben, sowie dem Sozialdemokratischen Verein, dem Frauenverein, dem Gastwirtverein, der Jugendabteilung, sowie Herrn Pastor Bieg für seine kostbaren Worte.

Gustav Kähler.

Simerbier

Wittwoch von 4-6 Uhr. (4335) Brauerei Stamer.

S. P. D.

Im Sonnabend starb unser Genosse **Walter Grewe.**
Seine feierliche Beerdigung Donnerstag nachm. 2 1/2 Uhr Vorm. Friedhof. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Im S. d. Mts. starb unser Kollege **Walter Grewe.**
Seine feierliche Beerdigung findet am Donnerstag, dem 18. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr auf dem Vorwerker Friedhof statt. (4338) Die Ortsverwaltung.

Sonnabend starb plötzlich

und unerwartet unser lieber, guter Sohn und Bruder **Walter,** im Alter von 22 Jahren, hier verstorben und schmerzhaft demüht von seinen Eltern, Geschwister und Verwandten.
Rud. Grewe u. Frau.
Die Beerdigung findet Donnerstag, 18. Juli, 2 1/2 Uhr auf dem Vorm. Friedhof statt. (4319)

Eine Gangbude

zu verkaufen. (4319) Mch. Engelstraße 61-4. Ein möbl. Zimmer f. jg. ant. Handw. Fichtstr. 20.

Arbl. 2-Zimmerwohn. n. Gürtterort g. gleiche a. Markt zu tauschen gel. Ang. u. A 273 a. d. G. (4346)

2 Zim.-Wohn., elektr. in Schönböden zu tausch. gel. aeg. e. 2-Zim.-Wohn. Holstent. m. Gas. (4348) Rehbein, Schönböden.

2-Zim.-Wohn. m. Fremdz. (Holst.-M.) g. e. 3-Z. W. i. d. g. Geg. z. tausch. gel. Ang. u. A 271 a. d. G. (4327)

Kinderbettstühle zu verk. (4330) Vorbeckstr. 14, pt. hinten.

1 f. n. Gaszuglame. (4330) Bismarckstr. 11.

Paar halblg. Schafst. Hiesel (Handarb. Gr. 41), zu verk. S. Fumfstr. 8 (a. d. Kochschule). (4326)

Gr. Tuchjacke 42-44, 1 m. Kleid 42-44, mehr. Blusen zu verkaufen. (4317) Sadowstr. 511.

Mandoline

zu kaufen gesucht. (4341) G. Hohnsbein, Wiedestr. 41, I.

Arbeiter-Liederbuch

für Massengesang. 60 Pig. Buchhandlung Friedrich Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Sparklubs!

Sparkassen-Bücher in übersichtlicher Aufmachung vorrätig in der Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Lübeck.

Verammlung der Sektorenarbeiter

am Mittwoch, 12. Juli, abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung 2. Quart. 2. Die politische und wirtschaftliche Not. Redner: Parteisekretär Genosse **Weiß.** 3. Ansprache.

Gesichts Ausschlag

Widel, Bitterer, Fleischer verschlimmert meist sehr schnell, wenn man den Schaum von Zucker's Patent-Medizin-Salbe abends eintröpfelt. Schaum erst morgens abwischen und mit Zucker-Creme nachtröpfeln. Großartige Wirkung, von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- u. Kosmetikgeschäften. (4324)

Es bleibt dabei!

Für Gold-, Silber-, Platin-, Doberle, Sachen und Bruch, Gebisse, Zähne, Bestecke, gold-, silb. Uhren, Münzen usw. erhalten Sie bei **Westfaling Holstenstraße 32** doch die höchsten Preise!

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Donnerstag, den 13. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus:

Mitglieder-Verammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Die politische und wirtschaftliche Not. Redner: Parteisekretär Genosse **Weiß.** 3. Ansprache.

Wir erwarten in Anbetracht der ersten politischen Zeit und der immer noch steigenden Teuerung, trotz der heißen Zeit, Massenbesuch.

Der Vorstand. Eintritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.

Hierdurch gebe ich bekannt, daß ich eine Praxis nur für Lungenkranke eröffnet habe.

Sprechstunden: werktags 8 1/2-9 1/2 Uhr und 3 1/2-4 1/2 Uhr, außer Mittwoch- und Sonnabendnachm. Lübeck, 11. Juli 1922. Karpfenstr. 10a, II. Telephone 8120. (4323) Dr. med. Peter Zobel.

Achtung! Neue Firma!

F. Lissauer & Cie.

en groß Mühlenstraße 60 en detail jagt die höchsten Tagespreise für **Lumpen, Eisen, Papier, Metalle, Flaschen usw.** Bei Metallen Ausweis erforderlich!

Per Pfund zirka 20.— Mark unter Fabrikpreis

Margarine

zu 40, 42, 45, 50 u. 54 M per Pfd. Lübecker Margarine-Zentrale Holstenstrasse 6. (4328)

Fräser, Bohrwerke und Dreher

die nach Werkstattzeichnungen arbeiten können. Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft. (4332)

Achtung! Fabrikarbeiter-Verband

Zahlstelle Lübeck. Ab 14 Juli 1922 bleibt unser Bureau Sonnabends nachm. geschlossen. (4336) Die Ortsverwaltung.

Herrn- u. Damenstoffe

adelose Qualitäten vom einfachsten bis zum elegantesten Genre. **J. Issler, Sandstr. 2** Spezial-Geschäft. (4311)

Ankerlin



Bester Schuhputz. Gibt den schönsten Glanz, färbt nicht ab, überhält das Leder.

Kolosseum Ball

Jeden Mittwoch und Sonnabend Koffertöffn. 8 1/2 Uhr. Heinrich Ohde. (4309)

Ganz neu eingetroffen!

Der heitere Fridolin!

Halbmonatsschrift für Sport, Spiel, Spaß und Abenteuer.

Ein überaus lustiges Buch für die Jugend aller Jahrgänge. Buntfarbig reich illustriert auf vierundzwanzig Seiten.

Preis 150 Pfennig.

Buchhandlung **FRIEDR. MEYER & CO.** Lübeck, Johannisstraße 46.

Hansa-Theater

Direktion: OSCAR ERASMI.

VORANZEIGE für die Operettenspielzeit Winter 1922/23.

Reengagements: Lissy Niemez — Hansi Rösle — Willy Raven — Reinhold Wolf — Paul Schüssler.

Neuengagements: Ludwig Ziegler, I. Tenor (Gärtnerplatztheater, München), Carl Hampe, I. Spieltenor (Vereinigte Theater, Chemnitz), Carl Biermann-Deppen, Bariton (Verein. Theat. Hamburg), Lothar Stein, dram. Komiker (Wallhallatheater, Berlin), Curt Meister, singend. Bonvivant (Berlin), Friedr. Schmidt, I. Kapellmeister (Centraltheater, Dresden), Ernst Hornickel, II. Kapellmeister (Lübeck), Ruth Norden, I. Soabrette (Luisentheater, Königsberg), Lisa Stadt, Sängerin (Landestheater, Karlsruhe i. Baden), Trude Sorez, I. kom. Alte (Mellintheater, Hannover). Weitere Engagements stehen noch in Unterhandlung.

Chor: 12 Damen, 8 Herren. Verstärktes Orchester. — Ballett.

Zur Aufführung wurden vorläufig erworben:

a) **Novitäten:** „Die Königin von Montmartre“ — „Die Bajadere“ — „Madame Flirt“ — „Die beiden Nachtigallen“ — „Die Mädels von Davos“ — „Detektivmadel“

b) **Neueinstudierungen:** „Rose von Sтамbul“ — „Landscheide“ — „Fidele Bauer“ — „Filmzauber“ — „Ihre Hoheit, die Tänzerin“ usw.

c) **Klassische Operette:** „Die schöne Helena“ — „Boccaccio“ — „Fataleza“ — „Mikado“ — „Zigeunerbaron“ — „Don César“ usw.

Beginn der Spielzeit: Sonnabend, 9. September 1922. (4345) Die Direktion.

Von der Reise zurück: Zahnarzt **Dr. Rothschild.** (4328)

Dr. Schwarzweil verweist (4338) bis Anfang August.

Markthallenstand 43-**Morgen** Pa. Catfish-Karbnade, Seeaal, Seelachs, Zungen, Lmandes billigst. (4347) R. Eggers.

Hansatheater 8 Uhr abends 8 Uhr abends
Ein Volksfest im Hansatheater sind die Aufführung der großen Ausstattung revue in 4 Bildern **Überm großen Zeit** mit den Gästen: Emil v. Dollen als Biederländer, Minna v. Seemen als Köchin, Willy Schwelguth als Berliner, Dir. O. Erasmi als reicher Bauer. Länge: einstudiert von der Ballettmeisterin Kofel del Jano (Hamburg). Spielleitung: Dir. Walter Ritz. Musikalische Leitung: Dr. J. Hagem. Die neuen Dekorationen sind von dem Theatremaler W. A. Mäcker angefertigt. (4326) Der Vorstand.

Fußball und Schlagball Die beiden Lieblingsspiele unserer Turner. Von A. Röhner und P. Brakon. **Mk. 5.50** Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.** Johannisstr. 46.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 11. Juli.

Aus der Bürgerschaft.

Von größtem Interesse war in der gestrigen Sitzung die Antwort des Senates auf die Forderungen der Bürgerschaft zum Schutze der Republik. Der Senat erklärte Punkt für Punkt, er ist auch bereit, den Forderungen der Bürgerschaft im allgemeinen zu entsprechen. Mit zwei Randbemerkungen: Das Amtsblatt soll verschwinden und an dessen Stelle sollen in sämtlichen hiesigen Tageszeitungen die amtlichen Bekanntmachungen erfolgen. Eine Lösung, die früher im Sinne der Bürgerschaft gelegen hat, die aber heute nach den veränderten politischen Verhältnissen noch sehr der kritischen Untersuchung bedarf. Die Forderung auf Einsetzung eines Ausschusses zur Überwachung resp. Einhaltung der Verordnungen und Gesetze nahm der Senat „zur Kenntnis“. Die kommunistischen Athletenproben im Schwergewichtstragen wurden allseitig als eines Parlaments unwürdig bezeichnet. Die auswärtige Presse hatte die Sache noch tüchtig aufgebauscht, und selbst der „Vorwärts“ brachte ein Volkstelegramm, nach dem die marmornen Ehrenbürger auf die Straße geworfen worden sein sollten. Das war natürlich übertrieben und ließ die Kraft der Kommunisten überschätzen. Im Worte schon sind sie stärker und wenig wählerisch im Ausdruck. Brachte es doch K l a n n fertig, einem Zwischentrufer die „Schnauze“ zu verbieten. . . .

Einer der verbissensten Deutschnationalen, Herr Prof. Roth, hat dem Parlament den Rücken gekehrt. Er hofft auf „bessere“ Zeiten.

Anträge rein agitatorischer Art lagen von den Kommunisten, Volksparteilern und Deutschnationalen vor. Die Kommunisten verlangten für auswärtig wohnende Arbeitslose verbilligte Straßenbahnfahrten. Zweifellos eine Angelegenheit, über die man sprechen kann, die aber nicht mit einer großen Geiste abgetan ist. Genosse Steinberg vertrat den Standpunkt, daß hier vom Wohlfahrtsamt bestimmte Richtlinien festgelegt werden müssen. Von der volksparteilich eingeschworenen, im Urteil bürgerlicher Wohlfahrt beengten Frau Zimmermann sehen wir hier und da eine Rakete fliegen, die aber verpufft, ehe der Stern die dunkle Nacht erhellt. Nachdem die Volkspartei im Interesse ihrer, dem Handel angehörenden raffigieren Mitglieder die Zwangswirtschaft abgewürgt hatte, und statt des versprochenen Warenüberschusses immer mehr Warenmangel und Preistreiberie einsetzte, sucht sie jetzt den Unschuldigen zu mimen. Die Sprecherin scheint auch einmal gehört zu haben, daß in ihren Kreisen ein Kampf gegen die Konsumvereine zum guten Ton gehörte und glaubte nun nachholen zu müssen, was mit Rücksicht auf die veränderte Lage unterbleiben mußte. Die Genossen John und Haut schickten die gute Frau in ihre Kemerate, allwo sie über die Sünden der Väter unseres Glendes nachdenken mag. Genosse Haut sandte nebenbei auch den gutmütigen Landbändler Herrn Henz in die Wüste und gab ihm den Rat, seinen Freunden ein Kapitel über Milch- und Butterwucher statt den Bürgerschaftskollegen ein solches über billigere Gaspreise zu halten.

Den blauen und launen Unternehmerlieblichen versuchte Herr Brandt einen Säbienstang nach München frei zu machen. Da diese paar Bäderbüchsen Ausorganistierter nicht einmal eine Vorstandssitzung des Ortsausschusses des A. D. G. B. zu füllen vermöchten, lehnte es unsere Fraktion durch die Genossen L i e h und D r e g e r ab, sich näher mit dieser volksparteilichen Forderung zu befassen. Die Senatsanträge wurden im übrigen glatt erledigt. Sie erfordern zum Teil bedeutende Summen, doch kann den Notwendigkeiten nicht aus dem Wege gegangen werden. Zwei Richter flackerten im Laufe der Verhandlungen noch auf. Sie waren von Arbeitsgemeinschaftlern angefeindet. Herr R e h l-

sen, pensionierter Lehrer, Möbelfabrikant und Bienenzüchter, hatte Angst vor der Hungersnot „seiner Wölfer“, Zuckeliesgaben möchte er haben auf Kosten der Gesamtheit. Den Honig schleckern die Auserwählten. Der schlagkräftige Herr Dietrich ließ die freie Wohnungswirtschaft im Geiste flimmern und übte sich als Sprachreimiger. Es gibt eben noch „wichtige“ Leute, und das ist unser Trost in der schlechten Zeit.

Wiederum starke Kohlenpreiserhöhung.

Kost 189 Mk., Beifetts 120 Mk.

Das Landesversorgungsamts beschaffte sich heute vormittag in einer Sitzung abermals mit der Neufestsetzung der Brennstoffpreise. Es sind ganz enorme Preiserhöhungen, die diesmal beschlossen wurden. Durchweg tritt eine Preiserhöhung von 40 Mk. pro Zentner ein. Bei Hartkoks beträgt die Erhöhung sogar 49 Mk. Diese gewaltige Preiserhöhung wurde begründet mit der Erhöhung der Zechenpreise, der vermehrten Unkosten und der gestiegenen Arbeitslöhne. Der Zechenpreis ist im Durchschnitt von 15 028 Mk. auf 20 610 Mk. für 10 Tonnen gestiegen. Die Löhne sind in letzter Zeit von 850 Mk. auf 950 Mk. und am 1. Juli auf 1300 Mk. pro Woche erhöht worden. Ähnlich haben sich auch die Unkosten erhöht. Eine Preiserhöhung war also nicht zu umgehen, doch hatte man mit einer so gewaltigen nicht gerechnet. Nach sorgfältiger Prüfung der für die Erhöhung in Betracht kommenden Faktoren wurden folgende Preise, die von Mittwoch ab Gültigkeit haben, beschlossen: Ungebrochener Hartkoks 184 Mk.; gebrochener Hartkoks 189 Mk.; Braunkohlenbröckel 120 Mk. und Steinkohlenbröckel 123 Mk. Eine ähnliche Preiserhöhung erfahren auch die übrigen Brennstoffe. Ab Lager ermäßigen sich die Preise pro Zentner um 11 Mk. Es wurde als bedauerlich bezeichnet, daß eine so gewaltige Verteuerung der Brennmaterialien die in den Verhältnissen begründet ist, abermals plagarischen müsse. — Bei solchen Preisen, die anscheinend leider noch weiter in die Höhe klettern werden, müssen die Minderbemittelten im Winter auf eine warme Stube verzichten.

Konsularisches. Der Senat hat den Konsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Hamburg J. Rahr Guddle sowie die Bizekonulin S. J. Anslinger und Maurice Wall auch für das lübeckische Smatsgebiet anerkannt und zugelassen.

Sausa-Theater. Die Ausstattungsrevue „Über großen Teich“ zieht einen Riesensieg nach sich. Die Länze sind von der Balletmeisterin Kofel del Jano einstudiert.

ph. Ermittelt und festgenommen wurde ein hier wohnhafter, mehrfach vorbestrafter junger Mann, der erst kürzlich aus dem Zuchthaus entlassen ist, wegen Fahrraddiebstahls. Er steht in dem Verdacht, mehrere Fahrraddiebstahls begangen zu haben. Eins der von ihm gestohlenen Fahrräder, das bereits verkauft war, konnte dem Eigentümer zurückgegeben werden. — Weiter wurde ein von Hamburg hier zugereister Mann wegen Fahrraddiebstahls festgenommen. Er führte Papiere auf verschiedene Namen bei sich, jedoch anzunehmen ist, daß er allen Grund hat, seinen richtigen Namen zu verschweigen. — Ferner wurde ein ehemaliger Beamter aus Hamburg, der vor mehreren Wochen bei einer dortigen Firma 60 englische Pfund (72 000 Mark) unterschlagen hat, festgenommen.

h. Moidling. In der Mitglieder-Versammlung des soziald. Vereins am Sonnabend erstattete zunächst Gen. Westphal den Jahresbericht vom 2. Quartal. Dann behandelte Gen. Heuer die Frage der Elternbeiträge. Ausgehend von dem Grundgedanken, daß im Volksstaate der Wille des Volkes oberstes Gesetz ist, veranlaßt in der Reichsverfassung, stellte der Vortragende die Forderung auf: Demokratie auch im Schulwesen. Diese wird gewährleistet durch die Selbstverwaltung der Schule durch Lehrkörper und Elternrat. Besonders eingehend wurden die Aufgaben, welche dieser zu erfüllen hat, besprochen: Erziehungsfragen, Gesundheitspflege, Sexualpädagogik, Straßenspädagogik, Berufsberatung u. a. m. Die tätige und verantwortungsvolle Mitarbeit der Elternschaft auf dem Gebiete des Schul- und Erziehungswesens wird zum Segen des Kindes werden. Dem Vortrage folgte eine lebhafte Besprechung, in der zum Ausdruck kam, daß durch die Einrichtung

der Elternbeiträge viel Gutes gewirkt werden könne, daß aber auch die Eltern noch manches lernen und auch manche selbst noch erlangen werden müßten. — Unter Punkt „Verschiedenes“ entwickelte sich noch eine lebhafte Debatte über das Denmal in Niendorf. Auch die Moteinger Arbeiterkassette empfindet die Aufstellung desselben als eine Provokation und fordert seine Entfernung.

Angrenzende Gebiete.

s. Gutin, Landesauschuß. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit einer Gedächtnisrede für den ermordeten Minister Rathenau. Der L.-M. ehrt den Bekannenen wie üblich. Nach der Verlesung von Eingängen wird die Veränderung des Statuts der Fremdenwohnsteuer in 2. Lesung angenommen. Die Wahl eines politischen Ausschusses, der der Regierung zur Seite stehen soll in politisch erregten Zeiten, nimmt viel Zeit in Anspruch. Die Atmosphäre ist sehr geladen. Hier wird auch der Antrag Schmidt behandelt und mit den Stimmen der Demokraten und Sozialdemokraten angenommen: „Die Unterzeichneten beantragen, die Regierung zu ersuchen, bei der Besetzung der Stelle eines Kreisgesundheitsinspektors ihr Augenmerk darauf zu richten, daß nur eine Person in Frage kommen kann, die einwandfrei auf dem Boden der Republik steht und die modernen Forderungen der Lehrerschaft mit der ganzen Würde einer demokratisch denkenden Persönlichkeit vertritt.“ Ein vermaßelter Zusatzantrag des Dr. Kramer wird abgelehnt. Der Präsident erscheint. Genosse Ketschhorn stellt die förmliche Anfrage an die Regierung, warum die Residenz des Reichsanstalters und des Reichstagspräsidenten zum Lode Rathenaus nicht in der vom Reich gewünschten Form veröffentlicht sind. Der Präsident beantwortet die Anfrage und rechtfertigt sein Vorgehen. Ketschhorn stellt den Antrag, das Verzeichnis nachzuholen. Der Präsident sagt zu. Der Antrag Ketschhorn, die Landeshoheitszeichen und monarchistischen Bilder aus öffentlichen Gebäuden zu entfernen, wird dadurch erledigt, daß die Reichsregierung die Sache bis zum 1. Oktober von sich aus in den Ländern regeln wird. Der Antrag, beim Staatsministerium wegen des Verbotes der geheimen Organisationen vorstellig zu werden und das Verbot für unser Land zu verlangen, wird dem politischen Ausschuss überwiesen. Die Änderungen der Satzungen des Landesbestandshauses und der Antrag des Landesvorstandes über Bewilligung von Mitteln zur Erweiterung des Landes-Krankenhauses werden angenommen. Der Antrag Dahm betr. Aufgewinnung im Herrenmoor in eigener Regie wird angenommen. — Neuordnung der Arbeitsnachweise. Der Arbeitsnachweis Ahrensbohl bleibt bestehen; da ein Antrag auf Aufhebung nicht vorliegt. Der Antrag der Regierung betr. Anstellung des Babelkommissars Niederer-Limborger Strand als Beamter wird angenommen. — Zuschlag zur Grund- und Gebäudesteuer. Zur Grundsteuer soll auf Regierungsvorschlag das Grundstück, zur Gebäudesteuer das Zweifache erhoben werden. Der L.-M. nimmt diesen Vorschlag nicht an und setzt die Sache zur nächsten Versammlung aus. Der L.-M. ist mit der Art der Behandlung durchaus unzufrieden. Die Geschäftsordnung wird in mehreren Paragraphen geändert. Auch eine neue Wahlordnung wird angenommen. Der Antrag des Besitzers vom Bahnhofs Gutin den Antrag des L.-M. wegen Abtrennung eines Sportplatzes vom Bauhof abzulehnen, wird nicht angenommen. Gutin bekommt also seinen Sportplatz, wenn das Staatsministerium zustimmt. Nach der neuen Gemeindeordnung müssen im Zukunft von den 26 Mitgliedern 8 ausscheiden (4 Soz. und 4 von der vereinigten Liste), jedoch also der L.-M. nur 18 Mitglieder aufweist.

Niel. Waffensunde auf dem Arsenal. Von der Entente-Kommission wurde am Freitagmorgen auf dem Marine-Arsenal eine Revision vorgenommen. Der Führer, ein englischer Offizier, war anscheinend über alles unterrichtet. Er verlangte zunächst die Öffnung eines Kellers. Dort fand man in Kästen verpackt, eine Anzahl Maschinengewehre. Dann mußte eine Bodenlampe geöffnet werden, wo ebenfalls in Kästen verpackte Maschinengewehre gefunden wurden. Es handelt sich um zusammen 163 leichte und 33 schwere Maschinengewehre, sowie 42 Maschinengewehre ganz neuen Systems und 17 Stangenfernrohre. Die verantwortlichen Leiter des Arsenals wollen nicht wissen, wie die Waffen dorthin gekommen sind. Es besteht nun die große Gefahr, daß der Betrieb,

Antje Möller.

Ein Roman aus Schleswig-Holstein von A. von der Eider.

40. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Andrees lachte. „Hab keine Angst, Ohm; die Hauptsache, daß die Leiter sicher ist.“
„Ja, das ist die Hauptsache,“ wiederholte Antje träumerisch. Sie gedachte eines goldigen Maitages, den sie niemals in ihrem Leben vergessen würde.
Andrees trat seine Stelle pünktlich am ersten Mai an. Die erste, die ihm auf der Werfte entgegenkam, war Wiebke in Hut und Mantel.
„Daß ich als erste ein junges Mädchen begegnete, erschien ihm als ein gutes Omen. Selbst ihr kalter, stolzer Blick vermochte hieran nichts zu ändern. Er sah sie ebenso hochfahrend an, und als ihre Blicke sich kreuzten, als sie so sicher und selbstbewußt aneinander vorbeigingen, sahen sie aus wie zwei Stämme aus gleichem Holz. Wenn auch ihr Aussehen ein ganz verschiedenes war, wenn auch die eine als Herrentochter fortging und der andere als Knecht bereintrat, so spürte doch eines des anderen gleichartigen, festen, stolzen Sinn.
Auf dem Hofplatz traf er den Großknecht, einen hübschen Menschen mit feinem, dunklem Schnurrbart und kunstvoll gepflegter Toilette.
„Na, komm man rein,“ sagte Hinnerk Gosh, auch der schmutzige Hinnerk genannt, gönnerhaft. „Die Leute stube, wo unsere Betten stehen, ist nicht hier vornean. Die Wände habe ich heute morgen frisch gefalzt; auch haben wir frische Spreitdecken getriegt. Ja, ja, als ich kam, ist keine Wand geweißt worden.“
„Da wird sie es wohl auch nötig gehabt haben,“ meinte Andrees.
„Ja, das hatte sie. Nun sieht es hier wenigstens menschlich aus. Es war die höchste Zeit, daß der Bauer sich mal darum kümmerte.“
Andrees sah sich in der geräumigen Kammer um, die ihm recht gut gefiel, mit ihren bläulich weißen Wänden, den Bettstellen an der Wand, der Ofenbank um den Kamin, um den sich die Stühle gruppierten. „Machs Dir man bequem,“ sagte Hinnerk, „und wenn Du dem Bauern guten Tag sagen willst, er wird wohl im Stall sein bei den Pferden.“
Andrees ging in den Stall und machte sein Hornweir vor dem Bauer, wie er es vom Militär her gewohnt war.
„Mutter läßt grüßen,“ sagte er auf Kofis fragenden Blick, und zu gleicher Zeit fiel ihm ein, daß ihm gar kein Gruß entgegen sei.

In Kofis Anderjens Augen leuchtete es freudig auf. Still, aber freundlich begrüßte er den jungen Knecht, fast zu leise, fast zu freundlich. Er gewann Andrees Herz in dieser ersten Minute vollends.
Zur Abendstunde gab es Buchweizengrütze.
„Die ist mit Milch gekocht,“ sagte Lena, die Kuhendeern, als sie die Schüssel auftrug. „An! Herr guckte heute abend in die Küche hinein und sagte, das solle aufhören mit der Wassergrütze: das wäre Schweinefutter. Na, es schmeckte ja auch als Krüppel auf dem Kopf. Aber ihr hättet man sehen sollen, was die Alte da für eine Flicke jagt. Da konnte ein Schaf Hühner drauf fressen.“ Lena wollte es der Frau nachmachen, sie zog ein saures Gesicht und schab die Unterlippe vor.
Alles lachte. Lieschen, die Zimmerdeern, verschluckte sich dabei und bekam etwas in die Luftströme ober, wie die Leute sagten, ins Dichtmarischer Halsloch. Sie hüffelte und schnaufte, und Hinnerk mußte sie erst in den Rücken klopfen, was er so nachdrücklich tat, daß sie laut schreiend aufsprang.
Mit einem Schlage hatte die Lustigkeit ein Ende. In der Tür der Leute stube stand Wiebke mit ihrem frühesten, stolzen KinderGesicht.
„Hinnerk, Sie fahren mich morgen zur Bahn nach Husum; ich muß um halb elf Uhr dort sein.“
Hinnerk biß erst einen ordentlichen Happen Schwarzbrot ab, ehe er antwortete. „Kann morgen nicht,“ sagte er kurz, „muß raus um Pflügen. Andrees weiß noch keinen Bescheid.“
Wiebke wurde rot bis an das dunkle Haar. „Papa kann auch nicht. Er jagte, es sollte einer von Ihnen fahren.“
„Dann muß Andrees ran. Weißt Du den Weg nach Husum?“
„Ja, den kenne ich.“
„Na, dann fährt Andrees.“
„Meinetwegen,“ sagte Wiebke, mit einem kalten Blick auf Andrees. Sie wandte sich zum Gehen; in der Tür drehte sie sich noch einmal um und rief mit etwas herber, hoher Stimme: „Um neun Uhr muß angepannt sein.“
„Zu Bescheid!“ sagte Andrees laut; er richtete sich dabei stramm auf. Er hatte die Militärgewohnheiten noch nicht ganz abgestreift. Die andere, die es für einen guten Witz hielten, lachten so laut, daß Wiebke es noch hören konnte.
„Mit dem hochhägigen Zitt zu fahren gönne ich Dir auch lieber als mir,“ sagte der Großknecht.
„Es ist man gut, daß sie vom Hause kommt,“ warf Lena ein. „Die wird ja noch schlimmer als die Mische; die gönnt einem nicht das Weiße im Auge. Ja, es war die höchste Zeit, sie hätte uns noch rein vor Hochmut aufgefressen.“
„Die muß umlernen als Langbar,“ bemerkte Hinnerk.

Hinnerk und Lena führten das große Wort; Lieschen lachte, und Andrees hörte höflich und freundlich zu. Der Hoffunge hopfte sich die Beine voll und mußte nicht.
An andern Morgen sah Andrees der Hausfrau zum erstenmal ordentlich in die Augen. Sie geleitete, in ein großes Umschlageuch gehüllt, ihre Tochter hinaus und blieb dann noch bis zum Fortfahren draußen stehen, um Wiebke einige Ermahnungen mit auf den Weg zu geben. Aus ihren Augen sprachen Hochmut und Menschenhaß, aber sie wurden von heimlichen Schmerzen in Banden gehalten.
Wiebke war so fröhgentut, wie es der amezogene Dünkel ihr zu zeigen erlaubte. Ihre schönen blauen Augen blickten kalt und tränenlos.
„Halte Dich ordentlich,“ sagte die Mutter weinerlich beim Abschied. „Schreib bald mal und werde nicht krank.“
„Hab keine Angst,“ gab Wiebke zurück. Die Mutter suchte in ihren Augen nach einem Fränkchen Liebe. Sie vergaß, daß sie nie in ihres Kindes Herz ein Saatkorn davon hineingelegt hatte, und als ihr kein warmer Schein entgegenstrahlte, schalt sie die Tochter im stillen herzlos und undankbar.
„Bergiß uns man nicht ganz,“ murmelte sie.
„Wiß, Deern,“ könnte des Vaters kräftige Stimme dazwischen: „halte den Kopf oben und bleibe mit den Füßen auf der Erde.“ Er half ihr auf den Wagen neben Andrees, und der Einspänner zog an.
Noch einmal klang die grämliche Stimme der Mutter über den Hofplatz. Wiebke hörte nicht mehr, was sie rief; sie wollte auch nichts mehr hören.
Der Bauer blieb noch einen Augenblick stehen und sah ihnen nach. Sein Blick umfing beide: Andrees und Wiebke. Diese sah aufrecht neben Andrees. Nur einmal nickte sie mit einer halben Kopfwendung zurück; dann blinzelte sie geradeaus. Auch Andrees sah sich um. Da stand Kofis Anderjens vor der Tür wie ein Baum, den weder Wind noch Wetter hätten biegen können, neben ihm die vorzeitig gealterte Frau mit den eingezogenen Schultern, die auslachte, als könnte der nächste Windstoß sie umwehen, und die sich doch nicht an den Stamm lehnte, der ja nahe bei ihr stand. In der Gasse waren die Köpfe der Dienstreute sichtbar, einer über dem anderen. Es waren neugierige Köpfe; keine Hand war dabei, die eine Abschiedsworte winkte.
Als sie durch das Hecktor fuhr, drehte Andrees sich noch einmal um: da lag das düstere Haus so kalt und einsam auf der hohen Warte, als wäre es unbewohnt, als hätten nie Vater und Mutter davor gestanden und ihrer Einzigen nachgesehen.
Andrees trieb den Einspänner zu einer ruhigeren Gegend an. Es war ihm peinlich, so langsam dahinzufahren, allein mit einem Wesen an seiner Seite, für das er nicht mehr war, wie das Pferd vor dem Wagen.
(Fortsetzung folgt.)

der 800 Arbeiter und 200 Beamte und Angestellte beschäftigt, geschlossen wird; denn die Lagerung von Waffen verstößt gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages. Am Sonnabend tagte eine Betriebsversammlung, die sich mit den Waffenfabriken beschäftigte. Sie verurteilte, daß in dem Betrieb über den Etat hinaus Waffen gelagert sind und verlangt von der Marine-Leitung, daß eine strenge Untersuchung stattfindet. Die Delegation betont erneut, daß sie mit allen Mitteln gegen Revanchepolitik kämpft. Ferner wurden von der Versammlung ein Mitglied des Betriebsausschusses und ein Beamtendirektor nach Berlin geschickt, um mit den maßgebenden Stellen in Verbindung zu treten, damit es nicht zu einer Eskalation des Vertriebes kommt.

Schwernin. Die Deutschvölkischen wünschen Handfeuerwaffen. Ein streng vertrauliches Geheim schreiben des Schutz- und Trutzbundes, welches die Schwerniner Ortsgruppe Ende März d. J. verhandelt, veröffentlicht unser Klostener Bruderblatt. Zunächst richtet sich das Schreiben gegen das Judentum. Wörtlich heißt es dann:

„Wir ziehen trotz der Standesunterschiede alle an einem Strang. Der eine stellt die Mittel zum Kampf, der andere opfert Leib und Leben. Keiner darf zurückstehen wollen, etwa mit der Begründung, er habe noch für andere Verbände ähnlicher Art Mittel zu liefern.“ ... „Fast jede Ortsgruppe hat ihre Jugendgruppe. Sie wird mit nicht verbotenen Karabinern ausgerüstet und in Geländebewegungen zu selbstprobierten Männern erzogen. Gegebenenfalls müssen die umliegenden Güter des Waffenbesitzes wegen um Jagderlaubnis angegangen werden.“

Nachdem ferner noch darauf hingewiesen ist, daß die Organisation großer Geldmittel bedarf und die Landwirte aufgefordert werden sind, hier als bisher in den Geldbeutel zu greifen, wird weiter ausgeführt: „Wir bitten bei dieser Gelegenheit um die Abgabe von Handfeuerwaffen, alten Jagdräubern, Büchsen vaterländischen Inhalts usw. für die aufgegebenen Zwecke. Annahmestelle für alle Sendungen ist der Gauwart in Schwernin z. M. Schlichting 23 (Wohnung: Alexandrinestraße 14).“ Dem Trutzbund angehängt, resp. aus demselben hervorgegangen sind nach dem Schriftstück folgende Vereinigungen: Der W. u. S. (Verband nat. geliebter Schwerniner) und der W. D. D. (Nat. Verband deutscher Offiziere). Jänen sowie insbesondere Angehörigen der Brigade Schürbach, so wird gefordert, ist jede erdenkliche Hilfe zu leisten.“ Das höchst interessante Dokument trägt folgende Unterschriften: Erich Bode, ehrenamtlicher Gauwart, Schwernin i. M. Gustav Ritter, Fabrikbesitzer, Grabow. W. Straeter, Inspektor, Neuhof. S. Straede, Legehr-Direktor, Rostof. H. Kiehlant, Kaufmann, Ludwigslust. Fr. von Schuber, Hofbesitzer, Tarnow. Den Schluss bildet folgende Bemerkung: „(Eigene Sache, nicht Bundesangelegenheit: Latifundistenentschlößene Leute wollen sich bei mir in Schwernin, Alexandrinestraße 14, jetzt bereits gelegentlich melden, versehen mit einem Empfehlungsschreiben des Empfängers dieses Schreibens.“) Das Kundschreiben beweist deutlich, wie die Deutschvölkischen bemüht waren, ihre Tätigkeit mit Waffen auszubilden und auszurüsten. Es ist also dokumentarisch belegt, daß die Deutschvölkischen in Mecklenburg auf den gewalttätigen blutigen Kampf hinarbeiteten. Dieser Kampf richtete sich weniger gegen die Juden, sondern vornehmlich gegen die Republik. Inzwischen ist bekanntlich der Gauwart Erich Bode als Mitschuldiger an der Ermordung Rathenows verhaftet worden. Die Republik aber muß mit diesen deutschvölkischen Elementen gründlich aufräumen. Solche Reiter müssen unbedingt ausgehoben werden.

Harburg. Die Gesundheitsräte rufen zur Tat. Nachstehendes Schreiben ging am Freitag bei der Redaktion des „Harburger Volksblattes“ ein:

Nieder mit Herr Scheidemann und anderem Lumpensindel.

Harburg, den 5. Juli 1922.
An die Redaktion des „Volksblattes“

Sehr geehrte Herren,

Wir sind gekommen im deutschen Vaterlande. Haben haben sich gekümmert, die Deutschland bereit haben von einem Erbsen, einem Rathenow. Wenn auch die Herren Scheidemann, Harden, Gert und sonstige Herren am neuen Himmelsleben, so geben ja auch noch mehr Tage ins Land. Wenn Sie nun in Ihrem weichen Dreifaltig weiter fortfahren in einem deutschen Lande wie hier weiter zu reden, so erinnern wir Sie nun einmal an Mannschin. Harburg ist. Wir werden so frei sein, auch von Ihnen einige Herren mit auf andere Orte für Harburg zu stellen und ganz wie es ist für Leute Ihres Schlages gehört an erster und anschließender Stelle. Wenn auch vielleicht einige anderer Kollegen über die Dinge springen müssen, so seien Sie aber versichert, daß dieselben von uns gerügt werden. Haben Sie uns

doch gestern in Ihrem Demonstrationzuge gezeigt, wie man mit feinem Gegner umzugehen hat.

Säubern Sie doch erst einmal Ihre eigenen Reihen. Glauben Sie denn, daß das Bürgertum heute noch fürcht hat, wenn Sie einen Demonstrationzug oder ähnliche Kundereien veranstalten? Sehen Sie sich doch einmal die Reihen an, die gestern mitliefen. Neun Zehntel waren doch nur Leute, die zwangsweise mitliefen, weil einer dem anderen nicht traut. Das Bürgertum ist aufgewacht und kämpft für seine gerechte Sache mit Begeisterung und nicht wie Sie mit stumpfsinnigen Menschen für die in den letzten Tagen regende schwarzrot-mohrliche Republik des Unheiljahres 1918. — Nun für heute Schluss. Sie werden recht bald von uns (Salge hervorragenden Persönlichkeiten wie Sie soll man ja nicht meiden, sondern im Gegenteil sich sehr genau ansehen) mehr hören, sehen und erleben. Falls Sie noch gewillt sein sollten, eine Lebensversicherung abzuschließen, so rufen wir Sie in Ihrem Interesse, dieses noch heute zu tun. Worte sind nur leerer Schall, heute redet nur die Tat.

Ton und Stil dieses Schreibens, das mit einem Handzeichen unterzeichnet ist, verraten einen rechten Kaufmann aus dem sogenannten besseren Kreise.

Harburg. Unfall oder Verbrechen? In der Gastwirtschaft von Neuhof zechten zwei Engländer mit einem in Neuhof wohnenden Ehepaar. Schließlich verabredete man sich, daß der eine Engländer bei dem Ehepaar schlafen sollte. Auf der zur Bohnung der Eheleute führenden Treppe ist der Engländer dann abgestürzt, wobei er einen Schädelbruch erlitt, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden, ob hier ein Unfall oder ein Verbrechen vorliegt.

Oldenburg i. S. Eine Wette mit dem Tode bezahlte ein im Torweg der Firma Schimanski beschäftigter Arbeiter Wilken. Er hatte mit seinen Arbeitskollegen um eine Flasche Kimmelpfand gewettet, im Arbeitsanzug durch die große Torflügel zu schwimmen. Ungefähr 10 Meter vor dem jetzigen Ufer ging er unter und konnte nur als Leiche geborgen werden.

Lübecker Bürgerschaft.

L. Lübeck, 10. Juli.

Vorsitzender G. Ehlers. — Beginn 6.25 Uhr.

Der Vorsitz in der Tagesordnung gibt der Vorsitzende sein Bedauern über den Ausfall der letzten Bürgerschaftssitzung kund. Er verweist darauf, daß vor längerer Zeit ein kommunikativer Antrag, die Büsten von Bismarck und Moltke aus dem Bürgerschaftssaal zu entfernen, abgelehnt worden sei. Den Kommunitäten sei auch bekannt, daß ein Antrag vorliege, nach dem Volkstanzschule, Geschäftsvorstand und Rathsherr über diesen Punkt beraten würden. Der Vorsitzende betont, daß eine solche Szene, wie die beabsichtigte, eines deutschen Parlamentes unwürdig sei und nie mehr vorkommen dürfe. Die Fraktion der SPD., der Demokraten und der Deutschen Volkspartei hätten sich dieser Erklärung angeschlossen. Damit sei die Angelegenheit vorläufig erledigt. — Niekel (Komm.) erklärt, der kommunikativer Antrag sei durch den Antrag von Bed und Genossen erledigt.

Prof. Dr. Roth (DN.) hat sein Bürgerrechtsmandat niedergelegt. An seine Stelle tritt der Direktor des Johanneums, Dr. Stadte.

Die Wahl von 10 Mitgliedern und Stellvertretern der Ausschüsse für die Steuerveranlagung in den für das Lübeckische Eingemeidungs- und Landgebiet vom Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck neu gebildeten 15 Bezirken wurde angenommen.

Der Antrag Klann: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Betriebsbehörde der Straßenbahn anzuweisen, daß Erwerbslose, die ihren Wohnsitz im früheren Reichsgebiet Lübecks haben, während ihrer Erwerbslosigkeit auf Schülerfahrkarten fahren können. Als Ausweis gilt die Stempelfarbe des Arbeitsamtes.

Antrag von Henk: Die Bürgerschaft ersucht den Senat zu prüfen, ob nicht eine Erhöhung der Gas und Elektrizitätspreise für die Minderbemittelten vorzunehmen ist.

Klann begründet seinen Antrag. Er fordert zunächst in einem neuen Antrag, daß Arbeitslosen und Invaliden, die durch Verwundung am Gehen verhindert sind, auf Antrag Freifahrtsscheine bewährt werden. Der Antrag kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung. — Steinhera (Soz.) hebt Bedenken gegen den ersten Antrag Klanns aus Gründen der Konsequenz. Dann müßte man auch anderen Minderbemittelten Schülerfahrkarte und sonstige Erleichterungen verweigern. Das Wohlfahrtsamt müßte sich der auswärts wohnenden Arbeitslosen auf Antrag annehmen. — Klann (Komm.) bekennt, daß auf Schülerfahrkarte hauptsächlich Schüler der Bourgeoisie fahren. (Auf einen Anmerkungsantrag des Redner, hatten Sie die Schraube!) — Der Vorsitzende ruft den Redner zur Ordnung. An Rüdicht und Schlauer können die hiesigen Arbeitslosen Schülerfahrkarte erhalten. Sie müssen deshalb die Elektrische benutzen. — Hape (Arbg.) hält den Antrag für viel zu allgemein gehalten. Mit den Schülerfahrkarten werde viel Mißbrauch getrieben. Ein Ausweis von der Schule oder Arbeitgeber sei notwendig. — Steinhera (Soz.): Der Antrag des Herrn Klann ist äußerlich begründet, aber nur auf Fiktion einseitig. Die Konsequenzen gehen zu weit. Die sozialdemokratische Fraktion will den Erwerbslosen Schülerfahrkarte lassen, es muß aber ein anderer Weg eingeschlagen werden. — Der Antrag Klann wird abgelehnt.

Antrag Frau Zimmermann: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, sofort beim Reichs-

ernährungsministerium zu beantragen, daß die Bevölkerung Lübecks umgehend mit der nötigen Menge Zucker beliefert wird.

Die Antragstellerin erlucht selbst um Ablehnung ihres Antrages, beschwert sich über den Zudermangel und behauptet, die Konsumvereine würden mit großen Mengen Zucker beliefert, während die kleinen Händler leer ausgingen. — H. a. u. t. (Soz.) erklärt Verständnis für die Zurückziehung des Antrages zu haben. Man sei es ja von der Antragstellerin gewohnt, daß sie ihre Anträge mit einer Träne der Rührung betetze, aber sonst den Tatsachen fremd gegenüberstehe. Nachdem gerade die Deutsche Volkspartei überall für die freie Wirtschaft bis zur Bewußtlosigkeit eingetreten sei, stelle man sich nach den verderblichen Folgen hin und treibe Spiegelfechtere. Die restlose Aufhebung der Zwangswirtschaft führe zur Katastrophe. Eine planmäßige Verteilung dagegen sichere jedem etwas zu annehmbarem Preise. Mit dem Antrag des Herrn Henk verhalte es sich ähnlich. Es wäre besser, wenn sich Herr Henk statt um billigere Gaspreise um billige Milch, Butter- und Speckpreise kümmern und bei bei seinen Freunden beantragen würde. Die armen Leute haben gar kein Gas. Dieser Antrag passe gut zu dem Antrag des Herrn Henk, der eine Neuerung in bezug auf die Erreichung von Weltmarktpreisen mit „Gott sei Dank“ begleitet habe. (Henk bestreitet dies.) Den Landarbeitern zahlten die Bauern aber keine Weltmarktlöhne. — John (Soz.) wendet sich gegen die Ausführungen von Frau Zimmermann, die bei ihren Parteifreunden hätte erfahren können, daß Zuckerverbrauch nicht zur Verfügung steht. Wir seien augenblicklich vom Auslandszucker abhängig, und der koste heute 26 Mark. Der Konsumverein habe rechtzeitig eingekauft und gebe den Zucker zu Inlandspreisen ab. Sobald die Markt etwas heifer stehe, sei Auslandszucker billiger als der inländische. — Niekel (Arbg.) möchte sich mit dem Zucker befassen, wird aber vom Vorsitzenden unterbrochen. — Frau Zimmermann (DN.) glaubt, den Linksparteien seien soziale Anträge unangenehm. Die Arbeiterfrauen hätten die Zwangswirtschaft auch sehr gehaßt. — Niekel (Komm.) empfiehlt der Vorrednerin für höhere Löhne zu wirken, damit die Leute Zucker kaufen könnten. Die Volkspartei habe gar nichts gebessert. Dem Antrag Henk könne man zustimmen. — Dietrich (Arbg.) begrüßt den Antrag Henk. — Henk (DN.) verweist auf die Vinderung der Ration der Armen durch die Landwirtschaft. — Die Anträge Zimmermann und Henk werden abgelehnt.

Senator Coers verliest ein Senatsdekret, worin die Kommissionen bei Schluß der letzten Bürgerschaftssitzung bedauert werden. Solche Taten seien dem Ansehen der Stadt nicht dienlich. Im weiteren gibt der Senat seine Stellung zu den in der letzten Sitzung mit Zweidrittelmehrheit angenommenen Anträgen zum Schutze der Republik kund. Danach tritt der Senat für rücksichtslose Anwendung der Verwaltungsordnungen und der zu erwartenden Gesetze zum Schutze der Republik ein. Das Entschweren der staatsrechtlichen Verpflichtung und der Ansicht des Senates. Die Forderungen in bezug auf die Beamten und Angestellten im Staatsdienst wurden durch Reichsgesetz erledigt. Sobald der Entwurf Gesetzes, werde der Senat nicht zögern, durch Landesgesetz das Erforderliche zu veranlassen. Was die Schule betreffe, so sei die Oberschulbehörde angewiesen worden, im Sinne des Antrages zu verfahren. Der Aenderung der Straßennamen ist der Senat bereit, unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Zeitver-

Imponderabilien.

Von Theodor Thomas.

Rechtlich kam ich von Steint nach der Reichsgampanjab. Uffernwegs plauderte ich mit einer alten Dame, die mir erzählte, daß sie mittels Auto abgeholt werde, um nach dem Potsdamer Bahnhof zu fahren. So nebenbei sagte ich ihr, daß ich auch dahin müße, weil ich mit dem gleichen Zug weiter wolle.

Auf dem Steintener Bahnhof war natürlich kein Gepäckträger zu finden, ich erbot mich, ihre zwei großen Koffer nach dem Auto zu tragen, sie nahm das für mein leichteres Koffergepäck. Die beiden Koffer waren sehr schwer, im Schweiß meines Angesichts aber brachte ich sie doch den langen Weg bis an das Auto, wo ein Brauhausknecht mir die Koffer abnahm.

Unterwegs hatte sie mich schon gefragt: „Verpassen Sie auch Ihren Zug nicht?“, worauf ich ihr erklärte, ich hätte 40 Minuten Zeit; da die 101 in 20 Minuten bis an den Potsdamer fährt, klappte es schon. Ich sollte insgeheim, sie werde sich mitnehmen.

Nun sah sie im Straßwagen, in dem gut vier Mann Platz hatten, dachte, hier ab und ließ mich mit der Trambahn dort hin fahren, wo sie jetzt allein mit dem Auto hinfuhr.

Wenn ich sie doch wieder mal mit zwei Koffern irgend wo hätte ...

Ich sitze im Wagen von Berlin, so ganz hinten beim Schloßchen Bahnhof zu Pönnig ... Zweifelliche Gefühle, aber noch guten Mutes. Beim Koffer bekam ich ein Mikellammchen und eine dicke Wollschleife, auf beiden sind eingraviert:

„Gutlich erworben, nicht Geföhlen aus dem Bahnhofs-hotel in Stolp.“

Komisch, dachte ich, so einen langen German und das „Geföhlen“ noch geschrieben!

Zwei Wochen vorher hatte ich in Stolp zu tun und blieb im Bahnhofs-hotel über Nacht. König, da fand ich allen Lappen und Kammchen:

Geföhlen aus dem Bahnhofs-hotel in Stolp.

Nun wachte ich, warum im Berliner Wagen „Geföhlen“ groß geschrieben wird.

Steterweis ist der Trambahn noch nicht abgeholt. Oh wieder ein Witz in Mecklenburg, daß da hier keine Witzig sein mag. Ich kam rechtlich auch mal in eine kleine Stadt, wo ich nicht genau wußte, was hier los ist. Die Straße mit dem Auto, ab- oder zugehen sind. Keine helfen hier. Ich beschloß zu fragen.

Der Oberkellner legte mir: „Wie Sie wollen, mein Herr.“
Der andere Kellner: „Ich bin hier doch zur Aushilfe.“
Der Wirt: „Wir bekommen etwas Gehalt, aber Sie wissen ja, bei der Regierung ...“

Das Zimmermädchen: „Ach Gott, die Herrschaften sind doch zu langsam.“
Der Hausdiener Friedrich: „Minuten braucht mans manchmal nicht so genau zu nehmen.“
Rat bei der Abreise hing ein Schild:

Bekanntmachung!
„Bei mir sind die Trankgelder nicht abgeholt. Gib der etwas von Deinem Geld, die diesen Ort Dir sauber hält.“
Da ich wachte ich, daß hier die 10 Prozent mit auf der Rechnung stehen.

Mit der Devisenangelegenheiten ist es zum Berrätwerden. Da bekommt man eine Rechnung, auf der eine kleine Summe steht, einen aber in der Ecke heißt's auf einmal:

„Das ist ein Devisenangelegenheiten von ...“ Halt ein ... möchte jeder da sitzen.

Was soll man aber dazu sagen, wenn du ein Oberhemd aufhängen läßt, und die Wirtin schreibt dir beinahe folgendes:

Wäsche und Bügel	3.—
Devisenangelegenheiten (siehe hinten)	10.—
Spezialpflege für Stoffe und Seife	1.50
Wäscheangelegenheiten für elektr. Energie (Bekleidung der Embroidernden)	2.—
Wiederherstellung (siehe Schließungsanfrageurteil)	4.—
Aufklärung der Umgehungen (Zinsenrenten erhalten näheres aus dem Reichsanzeiger 17. 2. 21 1551231. 3)	1.10
Allgemeine Unkosten (20 Prozent)	4.23
Summa:	25.83

NB. Zahlungen werden auf mein Postkontokonto erbeten. Ich bin für die Einführung von niedrigen Preisen.

Vor mir liegt folgende Karte, die ich wörtlich abschreibe:
Kapitularie 00152. Reihe 48
Tag D. 41. Tag der Ausgabe 19. 04
Rampenscheid

über 20.00
Hier der Kommentar: Ich traf im Zug auf dem Gang einen Bekannten, der mir eine Zigarette anbot, gleich Feuer gibt und ich eine annehme. Wir haben am Ende des Wagens.
In der nächsten Sekunde kommt der Zugführer: „Sie müssen 20 Mark zahlen, hier ist Reichsanzeiger.“
„Aber ich bin ...“

Ihre Karte her, wenn Sie nicht zahlen wollen, dann steigen Sie in Weimar aus und berappen 50 Mark.“

Der Ton, diese Anshaugerei war überlebensart, ich hab ihn bei den 77ern in Celle auf dem Kaiserhof zum Ueberdruck gehört. Da kam mir so der Gedanke, daß wir doch eigentlich wieder normalen Verhältnissen entgegengehen ... Das ist mit zwanzig Mark wahrhaftig nicht zu teuer bezahlt.

Zwischen Schlawe und Freienwalde in Pommern. Ein Gutsherr steigt zu uns ins Abteil. Aussehen: Wie ein gedulter, fetter Seehund, aber gemüthlich und gesprächig. Wir reden über Genua, Kartoffeln und Geld. Der Mann erzählt, daß er 600 000 Mark zu Hause liegen hat und nicht weiß, wohin damit.

Einer rätet ihm: „Aber Mensch, bauen Sie doch.“
„Hab ich schon, hab ich schon, bin aber nur Hunderttausende los geworden, na und ...“

Er stieg dann in Freienwalde aus mit kummervollem Gesicht, und einer im Abteil sagte: „So hat a jeder seine Sorgen. Reichtum macht nicht glücklich.“

Man bedauert manchmal, daß man wegen ein paar Ohrfeigen so viel Lausereien am Gericht hat. Hier wären sie angebracht gewesen.

Sied der Geliebten.

Wie ist das anders nun geworden,
Seit ich ins Auge dir geblitzt;
Wie ist nun jeder Welle Borden
Ein Menschenbildnis eingebrückt!

Wie fühl ich allen warmen Händen
Nun ihre warmen Pulse nach,
Und jedem Blick sein schweues Wenden
Und jeder schweren Brust ihr Ach!

Und alle Pfade möcht ich fragen:
Wo zieht ihr hin? Wo ist das Haus,
In dem lebendige Herzen schlagen,
Lebendiger Obem schwillt hinaus?

Entzündet möcht ich alle Kerzen,
Und rufen jedem müden Sein:
„Auf ist mein Paradies im Herzen,
Zieht alle, alle nun hinein!“
Annette v. Droste-Hülshoff.

Hilfsmittel zu entsprechen. Er hat die Polizeibehörde angewiesen, ungehindert Vorhänge zu machen. Die Amtsblattfrage schlägt der Senat vor, so zu lösen, daß in Zukunft sämtliche in Lübeck erscheinenden Tageszeitungen die amtlichen Anzeigen bringen sollen, daß aber keine Zeitung den Titel Amtsblatt führen darf. Ein diesbezüglicher Antrag wird vorgelegt werden. Von der Forderung betr. Einsetzung eines Ueberwachungs-ausschusses hat der Senat Kenntnis genommen.

1. Antrag: Ratifikation eines auf das Hanseatische Oberlandesgericht bezüglichen Zusatzvertrages. — Wird angenommen.

2. Antrag: Staatsbeihilfe für die öffentliche Handelsschule für das Rechnungsjahr 1922. — Wird angenommen.

3. Antrag: Erhöhung der Löhne der Gemeinde- und Staatsarbeiter. — Wird angenommen.

3a-Antrag: Erhöhung der Löhne des Pflege- und Hauspersonals der Heilanstalten. — Wird angenommen.

3b-Antrag: Erhöhung der Löhne bei der Straßenbahn. — Wird angenommen.

4. Antrag: Behauptungsplan für Rüdinh-Herrenwyl. — Dr. Neumann (Dem.) läßt sich über die Forderungen des Ausschusses aus. Danach wird für das Siedlungsgebiet ein Generalbehauptungsplan gefordert, für den eventl. ein Wettbewerb ausgeschrieben werden müsse. Rüdinh müsse fälschlich angelegt werden und ferner sei Rücksicht zu nehmen auf zentral gelegene Bauden für das Handwerk. — Der abgeänderte Senatsantrag wird mit dem Ersuchen des Ausschusses angenommen.

5. Antrag: Ergänzung der physikalischen Einrichtung des Allgemeinen Krankenhauses. — Haut (Soz.) fordert von den Behörden mehr Beihilfe. Man könnte dadurch manche Mehrkosten sparen. — Der Antrag wird angenommen.

6. Antrag: Gewährung eines weiteren Darlehens an die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft e. G. m. b. H. — Dr. Gehard (D.S.) wünscht die Art des Geschäftsbetriebs der Siedlungsgenossenschaft geprüft. — Senator Evers: Die Beihilfen werden hypothekarisch gedeckt und nur mit dem Fortschritt des Baues hergegeben. — Dietrich (Abg.): wünscht künftig größere Familienhäuser gebaut, damit der Wohnungsnot gesteuert werde und die freie Wirtschaft eingeführt werden könne. — Frau Creve (Komm.) fordert Lichtleitungen für die Siedlungen. (Die Senatsantwort ist nicht zu verstehen.) — Der Senatsantrag wird angenommen.

7. Antrag: Erlass eines Gesetzes, betreffend authentische Auslegung des Artikels 30 der Landgemeindeordnung. — Wird angenommen.

8. Antrag: Erlass eines neuen Gesetzes über die Förderung der Ziegenzucht. — Wird auf Wunsch der Bürgerschaft zurückgestellt.

9. Antrag: Bewilligung von Mitteln zur Einführung von Spülklosetts. — Wird angenommen.

10. Antrag: Erhöhung der Gebühren für Dampfkesselunter- suchungen und für die Genehmigung von Dampfkesseln. — Wird angenommen.

11. Antrag: Mittel für die Hebung des Schulgeldes. — Wird angenommen.

12. Antrag: Bewilligung von Mitteln für den Besuch der Münchener Gewerbechau durch Gewerbetreibende. — Brandt (D.S.) wendet sich gegen die Stellungnahme des Senates, der die Zahl der 5 Arbeitnehmer durch den Ortsausschuß des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes vornehmen lassen wolle. — Thieß (Soz.) fordert Erhöhung der Tagesätze auf 300 Mk. und Ausdehnung des Besuchs auf 5 Tage. Andere Organisationen als die des Allg. D. G. B. kämen hier gar nicht in Frage, da es sich dort nur um Rückendeckung handle, während der A. D. G. B. 25 000 Mitglieder zähle. — Senator Evers ist der Ansicht, daß sich über die Höhe der Summe wohl reden lasse, doch könne in der vorgeschlagenen Zeit die Gewerbechau in München befristet werden. Ein Antrag Nickel fordert, daß 25 000 Mk. ausgesetzt und 10 Gewerkschaften die Ausstellung besuchen sollen. Der Arbeitsverlust müsse ersetzt werden. — Dreger (Soz.) erwidert dem Redner der Deutschen Volkspartei, in Lübeck gebe es keine Organisation, die das Gewerbe zusammengefaßt habe. Eine andere Organisation als der Allg. D. G. B. komme nicht in Frage. — Heißborn (Komm.) meint, die Gewerbetreibenden machten auf Ausstellungen nur Geschäfte, der Staat solle lediglich für Arbeiter Zuschüsse zahlen. Abgelehnt wird der Antrag Nickel (Komm.) und derjenige von Brandt (D.S.), wonach ein gemeinsamer Ausschuß der Arbeitnehmerorganisationen die Zahl vorzunehmen habe. — Ungekommen wird der Senatsantrag und der

Antrag Brä (Soz.) und Genossen, statt 16 500 Mk.: 30 000 Mk. zu legen.

13. Antrag: Rückänderung über die Erhöhung des Schulgeldes an den höheren und Mittelschulen. — Ambrosius (Dem.) fordert Vertagung des viele zu spät erteilten Antrages. — Puls (Soz.) behauptet gleichfalls, daß der Antrag nicht eher an die Bürgerschaft gelangt ist, doch wolle die Bevölkerung endlich wissen was sie an Schulgeld zu bezahlen habe. Eine sofortige Erledigung wäre wünschenswert. — Haut (Soz.) betont, daß es sich bei dem Vordränger nur um einen Wunsch und keinen Fraktionsbeschuß handle. Er tritt der Forderung Ambrosius bei. — Demgemäß wird beschlossen. Schluß 8,15 Min.

Gewerkschaften.

14. Verbandstag der Fabrikarbeiter.

k. r. Frankfurt a. M., 7. Juli.

Die Delegierten der zweifürstlichen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisation, des Zentralverbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands trafen am Sonntag, dem 10. Juli, im hiesigen Volksbildungsheim zu ihrem 14. Verbandstag zusammen. Der Delegierten herrt eine reichhaltige Tagesordnung, deren Erledigung eine ganze Woche ausfüllen wird.

Zu den einzelnen Tagesordnungspunkten liegen eine Reihe Anträge vor. Der Geschäftsbereich des Vorstandes wird Anträge geben, die verschiedenen größeren Fragen, die in den letzten Jahren in der Arbeiterbewegung lebhaft erörtert wurden, zu besprechen. Nicht weniger als 10 Zeitfragen, darunter auch größere, verlangen die Aufhebung der Arbeitsgemeinschaften. Ein Antrag Rothmann will, daß der Klassenkampf mehr als bisher durch Wort und Schrift propagiert wird. Die Zeitfrage Nürnberg will dem Vorstand wegen seines Verhaltens bei den großen Kämpfen in Höchst, Leverkusen und in Leuna das schärfste Mißtrauen aussprechen. Auch gegen die Haltung des Verbandsorgans liegen mehrere Anträge vor. Es ist aber kaum daran zu zweifeln, daß die Mehrheit des Verbandstags die Haltung des Verbandsvorstandes und der Redaktion im allgemeinen billigen wird.

Von allgemeinem gewerkschaftlichem Interesse dürfte das Referat des Verbandsvorsitzenden Brey über Betriebs- und Industriearbeiterorganisation sein. Der Verband der Industriearbeiter steht bekanntlich auf dem Standpunkt der Betriebsorganisation, während sich der Gewerkschaftskongress für die Industriearbeiterorganisation ausgesprochen hat. Mehrere hierzu vorliegenden Anträge erklären sich für die Schaffung von Industrieverbänden, einige verlangen Verschmelzung sämtlicher freien Gewerkschaften zu einer Einheitsorganisation.

Ueber die Tätigkeit des Vorstandes in den letzten Jahren liegt den Delegierten reichhaltiges Material vor: neben 2 Jahrbüchern noch ein besonderer Bericht, in dem einzelne Fragen zusammengefaßt sind. Im Jahrbuch für 1921, das uns als das neueste besonders interessiert, wird die allgemeine Wirtschaftslage und die Wirtschaftslage in den Industrien, die zum Verbandsgebiet gehören, sehr eingehend besprochen. Das Material, das hier geboten wird, ist sehr lehrreich und beachtenswert.

Die Mitbestrebewegung des Verbandes ging in den letzten Jahren sehr hoch nach oben. Im Jahre 1919 stieg die Mitgliederzahl von 225 577 auf 692 008; Ende 1920 waren es 644 910 und am Schluß des Berichtsjahres 1921 681 971. Es gelang also dem Verband, nicht nur die nach der Revolution geminnenen Mitglieder zu halten, sondern seinen Mitbestrebungsstand in den beiden letzten Jahren noch um rund 80 000 zu erhöhen. Das ist außerordentlich erfreulich. Die Gesamtmitgliederzahl von 681 971 hat sich aufkommen aus 493 239 männlichen und 188 732 weiblichen Mitgliedern.

Lohnbewegungen fanden im Jahre 1921 3805 gegenüber 4100 im Jahre 1920 statt. Die Lohnbewegungen nahmen sich, wie in dem Geschäftsbereich schon wird, zwanagsmäßig. Die Arbeiterkraft war gesammelter, durch Lohnforderungen einen Auslese für den fortgeschrittenen Geldwert anzukämpfen. Die abschließenden Lohnverträge konnten bei der Unüberwindlichkeit des Wirtschaftslagens immer nur kurzfristige sein. Von den 3805 Bewegungen im Jahre 1921 waren 3711 mit 1 220 735 Beteiligten erfolgreich, erfolglos waren nur 94 Bewegungen. Das Gesamtergebnis der Lohnbewegungen war, daß für 2 109 274 Personen eine wöchentliche Lohnvermehrung um 108 888 337 Mk. erreicht wurde. Für das Jahr erreicht dies eine Summe von 5 658 553 324 Mk., also einen

ganz gewaltigen Betrag. Eine Verkürzung der Arbeitszeit wurde für 189 Personen um 1818 Stunden die Woche erzielt.

Nach dem Kassenbericht haben sich die Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1921 gegenüber dem Jahre 1920 mehr als verdoppelt. Im Jahre 1921 betrug die Gesamteinnahme einschließlich eines Kassenbestandes von rund 18 Millionen Mark 89 607 675 Mk., die Gesamtausgaben 53 486 108 Mk. Der Kassenbestand belief sich am Ende des Geschäftsjahres auf rund 36 Millionen Mark. Sehr hoch ist die Summe an Unterstützungen, die der Verband seinen Mitgliedern gewährt. Im Jahre 1921 waren es fast 27 Millionen Mark; seit Bestehen des Verbandes sind es 63 1/2 Millionen Mark.

Wir werden über die Verhandlungen berichten.

Aus aller Welt.

15 000 Mark im Salzfisch. Ein eigenartiger Zwischenfall ereignete sich auf dem Wochenmarkt in Nordhausen. Eine Bauerfrau verkaufte an einen Aufkäufer einen Korb mit Salat. Erst nach geraumer Zeit, als von dem Manne nichts mehr zu sehen war, fiel es der Frau plötzlich ein, daß sie unten in den Korb 15 000 Mk. gelegt hatte, die sie zur Bank bringen wollte. Die Polizei wurde sofort in Kenntnis gesetzt, konnte aber den Aufkäufer nicht ermitteln.

Raubmord an einem Waffragler. Aus Hannover wird gemeldet: In Wankorf am Deister drangen nachts vier Männer in die Wohnung des Waffragers Leo Schmitz ein, überfielen diesen im Bett und prügelten ihn mit Latzen zu Tode. Die Leiche des Ermordeten warfen die Täter zum Fenster hinaus. Die Logiswirtin des Waffragers, die durch den Lärm nach geworden war und ihrem Mieter zu Hilfe eilen wollte, erhielt einen wuchtigen Schlag auf den Arm, so daß sie gezwungen war, sich wieder in ihr Zimmer zurückzuziehen. Die Täter sind entkommen. Der Mord scheint in räuberischer Absicht ausgeführt zu sein.

Feuer auf einem holländischen Passagierdampfer. Der „Chicago Tribune“ wird aus Hoboken gemeldet, daß eine Feuersbrunst an Bord eines holländischen Passagierdampfers ausbrach, und daß 658 Passagiere, die an Bord waren, das Schiff verlassen mußten. Bei 15 der Besatzmannschaften wurden Vergiftungserscheinungen festgestellt.

Eine Verbrecherjagd mit hundert Autos. In der Nähe von Hastings in der kanadischen Grafschaft Ontario wurde kürzlich ein wohlhabender Farmer namens John Moults ermordet und beraubt. Einer seiner Arbeiter stand in dem dringenden Verdacht, die Mordtat ausgeführt zu haben. Er war kurz nach der Ausführung des Verbrechens verschwunden, und auch in der Umgebung der Farm nirgends aufzufinden. Da sich der ermordete Farmer im Kreise seiner Berufsgenossen außerordentlich großer Beliebtheit erfreute, so stellten sich die meisten seiner näheren Bekannten zur Verfügung, um nach dem entflohenen Mörder zu fahnden. Kurz nachdem das Verbrechen geschehen war, machten sich hundert Autos auf den Weg, die die ganze Nacht hindurch das Land im weiten Umkreise um das Gut nach dem Verbrecher abstreiften. Am Morgen des nächsten Tages war der gesuchte Mörder gefaßt. Die Autojagd hatte ihre Schuldigkeit getan.

Sport.

SSV. I — Union I (Hamburg) 3:1 (0:1). Beide Mannschaften trafen sich am Sonnabend abends 6 1/2 Uhr auf dem Katernhofe. Die Unioner stellten eine fair und feint spielende Mannschaft ins Feld, jedoch ein schönes und reich an herrlichen Momenten durchgeführtes Spiel gezeigt wurde. Union geht in der 25. Minute durch Straßhof in Führung. Ob diese Entscheidung der Unparteilichen richtig war, möchte ich noch bezweifeln. Bis Halbzeit änderte sich nichts mehr an dem Resultat. Nach der Pause tritt dann die Lübecker Elf den altgewohnten Endkampf an, welcher dann auch mit dem Erfolg von 3 Toren gekrönt wurde. Während die Gäste sich auf einige Durchbrüche beschränken mußten, ohne über die auf arbeitende Verteidigung hinauszukommen. Mit dem obigen Resultat und einem Gesamtergebnis von 10:2 war der friedliche Kampf beendet. Schiedsrichter gut. Nur was recht oft störend wirkte, war sein zu weites im Spielfeld stehen. (4829) D. C.

Quittung.

Geburtsstagsfeier in der Laubenhalle für das Kinderheim Vorwerk. Mk. 1170.—.

Aus der Ideenwelt Vollmars.

Einer unserer politisch und gesellschaftskritisch hervorragenden Köpfe, ein historisch geschulter Kenner, nicht nur der deutschen, sondern auch der ausländischen Arbeiterbewegung vom Schlage eines Jean Jaures und Viktor Adler ist mit Vollmar dahingegangen. Aus seiner umfassend wissenschaftlich fundierten Wirksamkeit in Wort und Schrift geben wir hier einige Beispiele. Wie Vollmar bereits 1903 das Schicksal des wilhelminischen Deutschland voraussah, zeigt folgende Stelle:

Es gibt zwei Entwicklungsmöglichkeiten des Fürstentums: die Entwicklung vollzieht sich entweder auf dem Boden der konstitutionellen Doktrin oder auf dem des Bonapartismus. Auch Pitt in England hat einen König gehabt, der sich impulsiv fortwährend in die Staatsangelegenheiten eingemengt hat. Pitt hat sich dieser Veruche mit Erfolg zu erwehren gewußt und ein für allemal gesichert, daß die Politik des Landes allein vom verantwortlichen Ministerium zu leiten ist. Dadurch gewann England im abgelaufenen Jahrhundert die ruhigste Entwicklung zu demokratischen Staatsformen. Anders in Frankreich, wo es Napoleon dem Kleinen gelungen ist, eine Zeit lang sein persönliches Regiment aufzurichten. Welches Ende daselbst gefunden hat, brauchen ich Ihnen nicht zu erzählen. Ich meinerseits wünsche und möchte hoffen, daß die uns bevorstehende Entwicklung nach englischer Art vor sich ginge, daß wir auf ruhige, organische Weise zu immer freieren politischen Zuständen gelangen und nicht den Weg des Bonapartismus gehen. Leider aber zeigen sich unverkennbar immer mehr Anzeichen und Anzeichen des letzteren.

Reichstags-Statsrede, gehalten am 20. Januar 1903.

Es hat Monarchen genug gegeben, die den Begriff des Vaterlandes und ihr eigenes Ich für ein und dieselbe Sache gehalten haben, und ich weiß gar nicht, ob diese Spezies heutzutage schon ausgestorben ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es hat Gewaltregierungen gegeben, die alle Völker und Länder angegriffen, zur Befriedigung ihrer Herrschgier einen Weltkrieg in Blut und Flammen gesetzt und ihr Volk zu alledem im Namen des Vaterlandes als Werkzeug kommandiert haben. Es gibt herrschende Klassen und Klotzen, die ihrerseits die ganzen Früchte des Lebens ihres Landes und des Fleisches ihres Volkes für sich einheimen, dieses aber unterdrücken und dann gleichwohl verlangen, daß wenn im Gefolge dieses ihres Trebens auswärtige Kämpfe entstehen, das Volk diese dann im Namen der Vaterlandsliebe aussechten soll. Allen so charakterisierten Auffassungen liegt das Gemeinsame zugrunde, daß das Volk als etwas rein Passives betrachtet wird, daß man meint, das Volk habe über die höchsten Dinge seines Daseins, über Krieg und Frieden selbst nicht mit zu beschließen, sondern einfach zu tun, was die augenblicklichen Beherrscher befehlen.

Rede in der bayerischen Kammer vom 11. Januar 1906.

In seiner Münchener Eldoradorede vom 1. Juni 1891 und in seiner nachfolgenden Aufsätze in der „Münchener Post“:

Vom Optimismus, hat Vollmar auf die Zusammenhänge im großen allgemeinen Grundgesetz der Entwicklung mit den gleichen Tendenzen im historischen und gesellschaftlichen Prozeß hingewiesen und daran die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie wissenschaftlich-exakt in der Praxis festgelegt. Hören wir folgende Sätze, die heute geschrieben sein könnten:

Gewiß hat der vorwärtsstürmende, alles niederwerfende Gedanke sein Recht. Er ist notwendig, um ein System, eine Weltanschauung zu bilden, eine Idee rein darzustellen und für sie zu begeistern, ein Endziel anzugeben, das auf den wechselläufigen Wegen die Richtung weist. Und dieser Gedanke wird um so weniger Gegengewicht finden, je mehr man ihn ausschließlich auf das Gebiet der Theorie beschränkt und von der Zielsetzung zurückhält. Die Tat aber, die Übertragung des Gedankens in die Wirklichkeit, überspringt die Hindernisse nicht so leicht und schnell. Bismarck hat es ja wohl große Kräfte gegeben, wo die Geschichte einen plötzlichen Ruf machte und einen Sprung zu tun sah. Im allgemeinen aber findet ein langsames, organisches Entwickeln statt. Wie die natürlichen Verhältnisse nicht in unermittelt einander folgenden Ummälzungen sich entwickeln, so lösen die gesellschaftlichen Ordnungen einander nicht als abgeschlossene, unvermittelte Einheiten ab. Es gibt auch hier kein künstliches Machen, kein plötzliches Abreißen und Wiederbeginnen, sondern das Alte wächst allmählich, viel zu langsam für den hochliegenden Sinn, aber sicher in das Neue hinein. Dieses kausale Wurzel des Heutigen im Gestrigen und des Morgen im Heute läßt nichts Absolutes aufkommen; alle politischen und gesellschaftlichen Zustände sind etwas Relatives, sind Uebergangsformen. Die heutige Form zu benehmen, um auf die Gestaltung der morgigen Einfluß zu gewinnen — das muß unsere Aufgabe sein. Wer aber auf dem ungeheuren Gebiete des ganzen Gesellschafts- und Staatslebens nicht nur kritisierend und verneinend wirken, sondern Positives erreichen will, der muß vor allem keine Kraft genau abwägen.

Sicherlich ist unsere Partei international im besten Sinne des Wortes. Es ist einer unserer Ruhmestitel, daß wir stets und besonders dann, als es am gefährlichsten und schwierigsten war — in der ersten Zeit nach dem Kriege — den falschen Nationalitätsdünkel bekämpft und das Verbindende, allgemein Menschliche über das Trennende, Nationale gesetzt haben. Wenn je eine Arbeiterbewegung die Pflichten der internationalen Verbündung zu allen Zeiten erfüllt hat und erfüllen will, so ist es die deutsche. Aber damit ist nicht ausgeschlossen, daß es für uns auch nationale Aufgaben und Pflichten gibt. Denn so weltbürgerlich der Mensch denken mag, so muß er, wenn er nicht ein Träumer ist, anerkennen, daß die wirtschaftlichen Bedingungen nicht unbedingt und maschinenhaft wirken, sondern daß die Verhältnisse der Volkstums und der staatlichen Gemeinwesen tief begründet sind. Auf die „Vereinigten Staaten von Europa“ werden wir noch lange zu warten haben. Bekämpfen wir also den nationalen Dünkel, den Chauvinismus, wo wir ihn finden, und setzen wir unsern Blickes die gemeinsamen Interessen der Menschheit über die ihrer einzelnen Glieder, aber lassen wir uns eben-

wenig zu einer widerlichen Verneinung eines berechtigten, gefunden nationalen Lebens und der daraus auch für uns erwachenden Pflichten verleiten. Vermeiden wir ebenso sehr die nationale Ueberhebung, wie das andere Zerrbild, die Verneinung der Nation und die Selbstbeschimpfung.

Rede im Eldorado vom 1. Juli 1891.

Das Leben der Gesellschaft und der Staaten besteht nicht aus sich überschlagenden Sprüngen, sondern aus einer Kette von wechselnden Verschiebungen der Machtverhältnisse, von Teilerfolgen. Und diesem Gesetze ist unsere Partei ebenso wie jede andere unterworfen. Wollten wir eine religiöse Sekte oder eine wissenschaftliche Schule sein, dann freilich bräuchten wir uns um die unangenehme Wirklichkeit nicht zu kümmern, sondern könnten ruhig unsere Luftschlösser bauen.

Rede im Eldorado vom 6. Juli 1891.

Es ist wahr, daß unsere Zeit schnelllebig ist, und daß heute niemand sagen kann, ob nicht durch wirtschaftliche Gekochnisse oder durch politische Vorarbeiten die Entwicklung der Dinge in einer jetzt nicht voraussehenden Weise beschleunigt wird. Wie eilig man sich dieselbe aber auch vorstelle, so ist das eine Fiktion, daß diese Entwicklung keinen Aufbruch machen wird, der von der auf einen Schlag verfallenden alten Gesellschaft in die gleichfalls auf einen Schlag erstehende neue Gesellschaft hinüberführt. Die Theorie der plötzlichen, ungeheuren, ich möchte sagen dramatischen Ummälzungen hat sich auf allen Gebieten als unhaltbar erwiesen. Das Reimlichmachen, das plötzliche und gründliche Abschließen eines alten Zustandes gibt es in der Entwicklung der Gesellschaft so wenig wie in der Natur. Alles ist ein langsames oder schnelleres, aber stets allmähliches Umgestalten, bei welchem Altes und Neues nebeneinander herläuft, bis letzteres schließlich die Oberhand gewinnt. Der Kapitalismus wird so wenig plötzlich vergehen, als er plötzlich entstanden ist; und wenn einmal der Sozialismus das Uebergewicht erreicht haben wird, so wird er sich ebensoviel mit einer Anzahl vorgefundener wirtschaftlichen und politischen Tatsachen einrichten müssen, wie sein Vorgänger das Erbe des Feudalismus antreten mußte und letzteren nur allmählich aufzulösen vermochte.

Der Gedanke, daß die sozialistische Gesellschaft aus dem nächsten Kriege entstehen soll, ist nach meiner Ueberzeugung der allergeringste. Denn an der Schwächung der Gesellschaft würden auch wir unseren reich bemessenen Anteil haben. Die wirtschaftliche Entwicklung würde keine augenblickliche Förderung erfahren, wohl aber müßte notwendig das Nationalgefühl in hohem Maße herorkreten. Nach meiner Ueberzeugung aber wäre ein großer Krieg nicht nur ein allgemein menschheitliches Unglück, sondern zugleich auch der größte Schlag, welcher den Sozialismus treffen könnte. Und gerade deshalb erkläre ich mich mit doppeltem Eifer für jede den Frieden schützende Maßregel, bestehe sie in der Verbreitung des Gedankens der Völkerverbrüderung oder in Maßnahmen der Inhaber der öffentlichen Gewalt.

„Münchener Post“ vom 1.—4. August 1891.

Hotels, Restaurants, Cafés, Vergnügungen

Hotel Viktoria Fernruf 462.
Gegenüber dem Bahnhof.

Hotel International Neues Haus
am Bahnhof. Fernruf 707 und 789.

Hotel Stadt Hamburg
Weinrestaurant. Von 8 Uhr an Künstlerkonzert.

Gewerkschaftshaus Johannesstraße.
Fernruf 225. Verkehrslokal der sämtlichen Gewerkschaften.

C. Hanssens Restaurant, F. 8696. Weiter Krambuden 7. Tägl. musikalische Unterhaltung. Mittagsisch 12-2. Abendisch 6-9. Fremdenzimmer.

Restaurant und Café zum Deutschen Kaiser, Inh. Aug. Brück Wwe. Königstraße 41. Fernsprecher 531. Gute Küche. Sträßbahnlinie 3.

Theater-Restaurant u. Café
Fünfhausen 17/19. Bürgerlicher Mittagsisch.

Bodega Weinstuben, F. 8936. Fleischhauerstraße 14. Inh. H. Giesenberg. Gemütlich, Aufenthalt.

Rathaushalle Tägl. von 5-1 Uhr
Künstlerkonzert.
Billards. W. Bruhn.

Stadthallen — Weißer Saal
Jeden Sonntag: Vornehmes Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. F. Lantau.

Stadt-Café Holstenstraße 17.
Täglich Künstler-Konzert.
Paul Ferck.

Café Viktoria Täglich Konzert.
Mühlenbrücke 1.

„Opera“ 8 Uhr abends.

Café Roland Tägl. Künstler-Konzert

Café Bernhardt Fackenburg
Allee 9.
Täglich abends Unterhaltungsmusik.

Hansa-Café Inh. G. Spieker Wwe.
Vornehmes Familien-Café. Künstler-Konzert.

Neues Lichtspiel-Theater
Fernruf 8698. Breite Straße 13.
Erste und vornehmste Lichtbildbühne.
Jeden Freitag stets das Neueste und von diesem nur die ansehnlichsten Programme.
Anfang 4 Uhr. Schluß 11 Uhr.

Tusculum Fischstraße 4. Bar u. Weinstuben. Dezentere Musik.

Gerhard Tschorn Speisekasino.
Johannisstr. 3

Julius Stammer Konditorei — Kaffee.
Lindenstraße 1b.

Hodermanns Konditorei
Täglich Konzert.

Uhren, Goldwaren und Musik

C. Porté Goldschmiedemeister.
Fabrikation u. Verkauf jugendloser Trainings. Fleischhauerstr. 26. Breite Str. 25.

Ludwig Zander Juwelier u. Goldschmied.
Fernruf 8700. Mariesgrube 3.

Lorenz Behnfeldt
Pflaßstraße 3. Uhren, Goldwaren, Reparaturwerkstatt.

Rudolph Wiese Goldschmied.
Breite Straße 43.
Gold-, Silberwaren, Versilb., Alpaca-, Nickelwaren.

Hallers Musikhaus Lübeck.
Markt 3.

Meyer & Eggert Fernruf 2424.
Königstraße 116.
Musikinstrumente.

Musikhaus Fr. Dietrich & Co.
Musikinstrumente, Bestandteile, Noten jeglicher Art. Seiten. Beckergrube 27.

Musik- Instrumente, Lauten, Gitarren, Mandolinen usw.
Ernst Robert, Breite Straße 29. Fernr. 8750.

A
Geschäftliche Rundschau
und
Zeitungs-Dauer-Fahrplan

Ehlers & Reetwisch St. Petri 2/4, Holstenstraße 1. Das Haus der guten Qualitäten. Manufaktur. Konfektion. Schuhwaren.

Café „Nirwana“ Fernruf 8629, Mühlenstraße 46.

Trocadero Fernruf 787. Schlüsselbuden 4. Täglich ab 8 Uhr. Weberus-Konzerte. Sonntags 6 Uhr.

Fledermaus Täglich Anfang 8.30 Uhr. Sonntag und Feiertag 4 Uhr. Vorstellung und Tanz. I. Etage! Sehenswerte Bar. Stimmung. Humor.

U Lichtspiele. Fünfhausen 17/19, im Hause der Fledermaus. Jeden Dienstag neues spannendes Programm. Anfang 5 Uhr. Sonntag 4 Uhr. Letzte Abendvorstellung 8 Uhr.

Wo kauft der Arbeiter Lübeds seine Lebensmittel? Bei Paul Burmester Jr., Holstenstraße 24.

Reserviert.

Schuhwarenhaus W. Blumenthal Kohlmarkt 1.
Sandstraße 2-4.

Uhren-Voss Breite Straße 36. Holstenstraße 2. Fernsprecher 8393.

Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Hamburg			Büchen			Eutin			Travemünde		
Lübeck	Hamburg	Lübeck	Lübeck	Büchen	Lübeck	Lübeck	Eutin	Lübeck	Lübeck	Travemünde	Niendorf
5:15	7:35	5:30	7:05	8:00	9:12	6:34	7:43	7:15	8:12	6:15	7:22
7:40	8:50	7:00	8:44	1:30	2:47	11:45	1:00	9:47	10:45	8:35	9:15
7:47	9:21	7:58	8:55	4:15			* 1:29	12:15	1:09	12:24	1:21
9:25	10:35	8:20	9:21	5:30	6:52	3:27	4:42	1:42	2:25	3:35	4:12
11:08	12:25	8:40	9:37	9:35	10:58	7:22	8:40	2:00	2:58	7:44	8:54
1:25	2:55	8:40	9:37	* D. Seefahrt und zurück.							
3:44	5:02	10:17	11:54								
4:17	5:52	12:22	1:56								
7:15	8:35	3:40	4:17								
7:22	9:00	3:35	5:13								
8:20	9:15	5:15	6:11								
9:20	10:47	5:15	6:11								
9:35	11:17	6:55	7:32								
10:25	11:57	7:35	8:12								
	9:00	10:35	1:25								
	11:45	1:25	1:25								

Kleinen

Lübeck	Kleinen	Lübeck
7:15	8:35	5:50
9:25	10:45	8:20
9:35	11:15	9:20
12:15	1:45	1:54
5:25	7:05	7:35
9:25	11:05	7:17

Segeberg

Lübeck	Segeberg	Lübeck
7:50	9:47	5:45
9:00	10:20	6:55
2:10	3:35	10:32
7:30	8:55	10:37
		4:15
		5:45

Markmann & Meyer Das bekannte Haus für vorteilhafte Einkäufe.
Markthalleingang Breite Straße.

H. E. Koch Möbelhäuser Ausstellungsräume. — Fernruf 1050.
Mariesgrube 45, 40.
Inh.: Carl Peters & Rudolf Neels.

Georg Petersen Hinzstraße 19. Manufaktur-, Weiß-, Woll- und Kurzwaren.

Walter Büttner Fernruf 1124. Fleischhauerstraße 42. Rohprodukte, Eisen- und Metalle en gros.

Auto-Eschen Fernruf 1894.

Camphausen & Co. Kraftfahrzeuge.

Fossil's Kohlenhandel
Kaufhaus Beckergrube — Kottbuserstr. 62
Fernspr. 8330-8333. Fernspr. 8720-8723

Koks - Kohlen - Briketts
Alle Sorten des Lübecker Gaskoks.

Max Boye Holz-, Kohlen- und Holz-
kohlen-Lager. Täglich
Platzverkauf: Falkenstraße. Telefon 8441.

Adolf Bergfeld, Lübeck Inhaber Hermann Kubli.
Ofen, Herd, Grudherd, Gaskocher Größte Auswahl bei
günstigsten Preisen.

Lebensmittel und Drogerie
paucelle
Milch-Schokolade

L. Roeper Fernruf 8915. Königstr. 75.
Kaffee-Größterei und
Kolonialwaren.

Reserviert für
J. G. Niederegger Marzipan.

Dampfbäckerei „Hansa“ Lübeck
J. C. D. Junge & Co. Verkaufsstellen überall.

Hansa-Meierei Fackenburg Allee
59a und b.
Fernruf 281/557.

Postdöcker Butterhandlung
Inh. Robert u. Dora Gündel. P. 2064. Beckergrube 9.

Th. Storm Nachf. Inh. Chr. Stakelbeck
Fernruf 478. Königstraße 98. Spezial-Butter-
und Margarinehandlung. Groß- und Kleinhandel.

Aland Bod- u. Bierwurst.
Erich Helm Wurstfabrik.
Fleischhauerstraße 54.

Ahrbergs Bockwurst u. Würstchen
W. Sander. Fernruf 8121. Markt 8.

Fischversandhaus „Möwe“ Alfr. Beßmann
& Co., Lübeck. Fernruf 1352. Kl. Burgstraße 6.
Tel.: Beßmann Kleineburgstr. Großh. i. Fischkons.

Heinrich Primm Fernruf 651.
Wahmstr. 21.
Spezialgesch. in lebend. Fischen u. Räucherwaren.

Ludw. Buck Fernruf 3734.
Breite Straße 86.
Spezialgeschäft feiner Delikatessen.

C. Klein Fernruf 1727. Pflaßstraße 4.
Delikatessen — Fettwaren.

Johannes Hanssen Balauerfohr 17
Kolonialwaren — Fettwaren.

Reserviert für
Janssen Delikatessen Beckergrube 7.

Spehmann & Fischer Kartoffeln,
Frucht,
Gemüse. Fernruf 102. Beckergrube 59.

Fr. R. Muuß Günstiger Einkauf von
Lebensmitteln. Alfstraße 25.

C. F. Alm Holstenstraße 12. Fernruf 300.
Farben, Drogen, Chemikalien.

Diana-Drogerie Paul Stammer. F. 8644.
Glandorpstr. 1. Farben, Verbandstoffe, Toiletteart.

Ferd. Kayser Drogerie.
Breite Straße 81.

Bruno Soltmann Große
Fleischhauerstr. 31. Kon-
ditorei u. Kuchenbäckerei.

Ernst Vob Große
Burgstraße 59. Kolonial-
waren. Spirituosen.

**Lübecker Central-
Brotfabrik**
R. Spangenberg, Linden-
straße 20/22.

**Fr. Weingärtner
Nachf.** Johannesstr. 8
Konditoren. Delikatessen

Ed. Teuteberg
Lederhandlung.
Untertrave 67.

Auguste Popp Schuhwarenhaus.
Erstklassige Fabrikate. Führende Marken.

Friedrich Baurenfeind
Schuhwaren. Fernruf 1365. Mühlenstraße 34.

Wilh. Ewert Schuhwaren. Untertrave 8.
Gut sortiertes Lager und Reparaturwerkstatt.

Chr. Rebien Schwönekenquerstraße 25.
Schuhe. Maßanfertigung. Reparaturwerkstätte.

Karl Brandt Schuhwaren.
Maßgeschäft. Reparaturwerkstätte. Balauerfohr 4.

B. Dittmer Fünfhausen 7. Schuhreparatur-
werkstätte. Maßanfertigung.

Carl Hans Kühl Fernruf 2988.
Mühlenstraße 42.
Leder- und Schuhmacherbedarfsartikel-Handlung.

Alexander Krock Königstr. 47,
b.d. Johannesstr.
Spezialgeschäft in Lederwaren u. Reiseartikeln.

